

S
Q

**Trauen Sie
Ihren Augen.**

Ab nächster Woche erscheint
P.S. in einem neuen Gewand.

Ein Jahr Ukraine-Krieg
**Friedenskunst
wäre gefragt**

S. 03, 09, 11, 15 – 17

Im Streitgespräch
**Wie inklusiv soll
Gleichstellung
sein?**

S. 12 – 13

Das silberne Zeitalter
**Wie die CD
unser Leben
verändert hat**
LOOP



10

LOOP

Familie



Annelies Strba, Pro Litteris

Endlich, flüsterts innerlich: Die Fotostiftung Schweiz widmet Annelies Strba (*1947) eine Retrospektive und eine Monografie. Trotz einer Fotografinnenlehre wird sie mangels eines folgenden Kunststudiums noch immer mit dem Beiwerk der «künstlerischen Autodidaktin» angekündigt.

Fehlte noch, dass ihr Langzeitsujet der eigenen Familie, der intimen Nähe, also des regelrechten Verhandels des Politischsten, ihr zur Vorkhaltung gemacht würde. Glücklicherweise hat sie sich längst selbst etabliert und ist nicht auf Almosen angewiesen. Nichtsdestotrotz ist eine Berücksichtigung der eigenen Arbeit durch die Fotostiftung Schweiz, konkret durch die Kuratorin Teresa Gruber, auch eine Genugtuung. Weniger für die Künstlerin selbst, die schon lange weiss, dass gut ist, was sie tut, sondern weil die späte Einsicht von aussen nun auch endlich erfolgt. froh.

Annelies Strba: «**Bunt entfaltet sich mein Anderssein**», 25.2. bis 13.8., Fotostiftung Schweiz, Winterthur. Vernissage: Fr, 24.2., 19h, ebenda.

Verschollen



Als Historiker erforscht Adrian Hänni die Geschichte von Geheimdiensten, Propaganda und Terrorismus. Mit dem Buch «Terrorist und CIA-Agent» (NZZ Libro 2023, 296 S., 36 Fr.) arbeitet er die Geschichte von Bruno Breguet auf, wofür er auf bislang unter Verschluss gehaltene Dokumente zurückgreifen konnte. Breguet wurde 1970 als erster Nichtaraber wegen terroristischer Vergehen in Israel verhaftet und zu einer langen Haftstrafe verurteilt. Er schloss sich als Gymnasiast der Volksfront zur Befreiung Palästinas an und durchlebte im Libanon eine militärische Ausbildung. In den 1980er-Jahren stellte er sich in den Dienst des legendären «Carlos», bevor er wiederum eine Dekade später die Seiten wechselte und der CIA bei der Bekämpfung des Terrorismus zuarbeitete. Seit 1995 ist er auf einer Mittelmeerfähre verschwunden und gilt seither als verschollen. Eine Buchvernissage bietet immer auch eine Gelegenheit zum Gespräch. froh.

«**Terrorist und CIA-Agent**», Di, 28.2., 19.30h, Sphères, Zürich.

Denkfreiheit



«**M**enschen, die Bücher lesen, sind einfach unberechenbar», sagt ein Pfändungsbeamter in einer Folge des ZDF-Krimis «Wilsberg», als dieser das kulturelle Erbe vor der Altpapierentsorgung rettet, ergo (zurück-)klaubt. Dieser humoristisch konnotierten Analyse steht ein jahrhundertalter Kampf (oftmals bis aufs Blut) gegen gedruckte kritische Gedanken gegenüber, die der Strauhof nun in der Ausstellung «Satanische Verse & verbotene Bücher» thematisiert. Vom Klerus über die Nazis bis zum aktuellen Cancellin ist das kritische Denken immer wieder von mehreren Seiten bedroht, gerade wenn es als vergleichbar günstig herstellbares Buch massenmedial verbreitet und auch insgeheim unter einer Bettdecke gelesen werden kann. Denn der Gedankenfreiheit ist mittels Scheuklappen allein nicht beizukommen, was auch bedeutet, sich für ihre Verteidigung mit offenem Visier hinzustellen. Reiches Rahmenprogramm. froh.

«**Satanische Verse & verbotene Bücher**», Do, 2.3. bis So, 21.5., Museum Strauhof, Zürich.

Untergang



Palma Fiacco

Dashistorische Ereignis des Untergangs der «Delphin», eines Postschiffs auf der Seidenstrasse zwischen der Lombardei und Süddeutschland in der Nacht vom 16. auf den 17.12.1850 auf dem Walensee hat Emil Zopfi mit «Der Untergang des Delphin» (AS Verlag 2021, 220 S., 29.80 Fr.) in einen semifiktionalen Roman gegossen. Gemäss Verlag entstand ein «Zeitbild des politischen und wirtschaftlichen Aufbruchs mit der rasch fortschreitenden Industrialisierung und Mobilität nach der Gründung des Schweizer Bundesstaates». Das Glauser Quintett wiederum erarbeitet daraus ein literarisch-theatrales Konzert, konkret komponiert von Daniel R. Schneider. Heisst: Ergänzt die freihändige Kombination von Archivmaterial und literarisch weitergedachten Figuren mit einer seinerseits zwischen Ernst und Juchangierenden Präsentationsform, was bei dem Absender für gewöhnlich in einen Gewinn für alle Seiten mündet. froh.

«**Der Untergang des Delphin**», Do, 2. bis So, 5.3., 20h (So, 17h), Theater Stok, Zürich.

Zeitenwende



In der Reihe «As Time Goes By» zeigt das Filmpodium unter anderem auch die beiden Langzeitreportagen «René» und «René – The Prisoner of Freedom» von Helena Trestíková. Noch vor dem Fall des eisernen Vorhangs beginnt sie, das Leben des jugendlichen Straftäters während einer Dauer von zwanzig Jahren zu begleiten. Ein Leben, das mehrheitlich hinter den schwedischen Gardinen in der Tschechoslowakei/später Tschechien stattfindet. Mit der Film Premiere 2008 avanciert ihr Protagonist vorübergehend zum Medienliebling unter der Prämisse eines «liebenswerten Kriminellen», was die Filmerin dazu veranlasst, die Konsequenzen dieser scheinbaren Veränderung auf sein reales Leben wiederum auf Film zu bannen. Die Ernüchterung ist programmiert. Für ein Gespräch mit dem Slavisten Georg Escher kommt Helena Trestíková ins Filmpodium (Tschechisch, simultan übersetzt). Beide Filme sind am 3. und 8. März noch(-mals) zu sehen. froh.

«**Ein Abend mit Helena Trestíková**», Fr, 3.3., 20.30h, Filmpodium, Zürich.

Pragmatisches Kalkül und Hoffnung auf gute Nachrichten

Seit einem Jahr fährt Sasha Volkov Pick-Ups voller PC-Bildschirme nach Kiew und unterstützt geflüchtete UkrainerInnen in der Schweiz. Im Gespräch mit Tim Haag schildert der schweizerisch-ukrainische Doppelbürger die Situation der Kriegsflüchtlinge, die Stimmungslage derjenigen, die in der Ukraine blieben und die Rolle, die die Schweiz für das Schicksal dieser Gruppen spielt.

Herr Volkov, Sie sind seit Kriegsbeginn drei Mal in die Ukraine gereist. Wie muss man sich eine solche Reise vorstellen?

Sasha Volkov: Weniger abenteuerlich als sie im ersten Moment klingen mag. Ich kaufe jeweils einen günstigen Pick-Up und fahre damit über Deutschland, Tschechien und Polen nach Kiew. Dort übergebe ich das Auto und anderes Material – das letzte Mal waren es hundert gebrauchte PC-Bildschirme, gespendet von der Swisscom – an Freiwilligenorganisationen. Diese verteilen die Bildschirme an von russischen Soldaten geplünderte Schulen, die Autos werden an der Front gebraucht, um verwundete Soldaten von der Front zu evakuieren. Und dann besuche ich meine Eltern, die in der Nähe von Kiew wohnen.

Sind diese Unternehmungen nicht gefährlich?

Naja, es kann sein, dass man während der langen Fahrt am Steuer einschläft (lacht). Natürlich kann man Pech haben, aber das nimmt man in Kauf. Solange man nicht in der Nähe von kritischer Infrastruktur ist, sind die Chancen, in einen tödlichen Autounfall verwickelt zu werden, sicher grösser als die Gefahr, von einer Rakete oder einer abgeschossenen Drohne getroffen zu werden. Ausserdem gibt es gut funktionierende Luftalarm-Apps, die vor Angriffen warnen.

Wie reagieren die UkrainerInnen nach einem Jahr Krieg, wenn wieder der Luftalarm ertönt?

Die Menschen haben einen Fatalismus oder pragmatisches Kalkül entwickelt. Viele ignorieren die Warnungen mittlerweile. Die Gefahr, dass eine der Kinzhal-Raketen, die zum Beispiel von Kampfjets in Belarus abgefeuert werden, einen treffen, ist einfach zu klein. Ich will damit die Zerstörung, die russische Bomben und Raketen angerichtet haben, aber nicht kleinreden: Beispielsweise von der Stadt Slowjansk im Osten der Ukraine, in der ich aufgewachsen bin, ist nicht mehr viel übrig: Weder mein Kindergarten, noch mein Schulweg, noch die Technische Hochschule, an der meine Eltern studiert haben.

Sie sind 47 und damit eigentlich im wehrpflichtigen Alter. Wieso dürfen Sie jeweils wieder aus der Ukraine ausreisen?



Symbol des Widerstands: Sasha Volkovs T-Shirt schmückt der ukrainische Dreizack.

Tim Haag

Ich habe das Glück, drei Kinder im Schulalter zu haben, weshalb ich von der Wehrpflicht ausgenommen bin. Es ist aber so, dass die Wehrpflicht sehr viele Ausland-Ukrainer, ich denke da an Fachkräfte, die beim Wiederaufbau helfen könnten, daran hindert, ins Land zu kommen.

Apropos Ausland-Ukrainer: Sie arbeiten im Ukrainischen Verein in der Schweiz, aber auch mit Behörden wie dem Staatssekretariat für Migration, eng mit geflüchteten UkrainerInnen zusammen. Wie geht es den Kriegsflüchtlingen heute, ein Jahr nachdem die ersten von ihnen hier ankamen?

Grundsätzlich war – und bleibt – die Solidarität der SchweizerInnen sehr gross: Vor einem Monat haben meine Kollegen zuletzt eine Sammlung von Hilfsgütern organisiert. Wir erhofften uns, einen Lastwagen mit Hilfsgütern zu füllen, und am Ende wurden es vier. Aber natürlich gibt es auch Probleme. Besonders akut sind diese meiner Meinung nach bei

den Jugendlichen, für die es noch immer praktisch unmöglich ist, eine Lehre zu finden, weil sie aufgrund des Schutzstatus S so bald als möglich das Land wieder verlassen müssen. Ich hoffe, dass hier ein politischer Entscheid getroffen werden kann, der den Jugendlichen erlaubt, bis zum Abschluss ihrer Lehre in der Schweiz zu bleiben. Mit dieser Sicherheit hätten auch Lehrbetriebe mehr Interesse, junge UkrainerInnen einzustellen.

Wo positionieren Sie sich in der aktuellen Waffenlieferungs-Debatte? Versteckt sich die Schweiz Ihrer Meinung nach hinter ihrer Neutralität?

Ich bin zuversichtlich, dass sich die Schweiz am Ende dazu durchringen kann, die Wiederausfuhr von Schweizer Waffen und Munition durch andere Länder zu erlauben. Zumindest hoffe ich es. Es gibt zwei Arten, auf die dieser Krieg enden kann: Entweder, Putin zieht seine Truppen zurück, und es gibt keinen Krieg mehr, oder die Ukraine erhält keine Waffenlieferungen mehr, und dann gibt es bald keine Ukraine mehr. Was meiner Meinung nach aber mindestens genauso wichtig ist, ist nichtmilitärische Unterstützung, und hier hinkt die Schweiz Ländern wie den Niederlanden oder den skandinavischen Staaten hinterher. Dänemark beispielsweise hat sich verpflichtet, die Region Mykolajiw im Süden des Landes wieder aufzubauen. Solche Projekte sind gute Nachrichten für alle UkrainerInnen, und gute Nachrichten sind nach einem Jahr Krieg extrem wichtig.

Bei welchen Projekten könnte sich die Schweiz denn beteiligen?

Spontan fällt mir der Flughafen Uzhgorod ein, der direkt an der westlichen Grenze der Ukraine liegt. Flugzeuge, die von dort starten, befinden sich direkt nach dem Start im slowakischen Luftraum. Durch einen Auf- und Ausbau des kleinen Flughafens könnte es endlich wieder zivile Luftfahrt in der Ukraine geben. Ausserdem hat die Schweiz im Bereich der kritischen Infrastruktur das technische und organisatorische Know-how, um eine tragende Rolle beim Wiederaufbau zu spielen – sie muss es nur wollen und bereit sein, Ressourcen zu investieren.

Neues Haus, alter Streit

Der Zürcher Kantonsrat tagte in der zweiten Sportwoche, wie nach ihm nächste Woche auch der Gemeinderat und die Kirchensynoden, in der ehemaligen Bullingerkirche. Die Parlamente bleiben dort bis mindestens 2027.

Koni Loepfe

Der Kantonsrat tagt neu im einzigen Wahlkreis des Kantons, der SVP- und FDP-frei ist, wie Markus Bischoff (AL) bei der Bekanntgabe des Wahlvorschlags für das Handelsgericht launisch erläuterte. Das hinderte indes auch die KantonsrätInnen der beiden Fraktionen, sich der allgemeinen Begeisterung über den gelungenen Umbau anzuschliessen. «Das ist das schönste Provisorium, das wir je bauten», führte der zuständige Baudirektor Martin Neukom aus und übergab den symbolischen Schlüssel aus Zopfteig der Ratspräsidentin Esther Guyer. Sie hatte ihrerseits Gott und der Welt für den gelungenen Umbau gedankt, also vor allem den PlanerInnen, den ArchitektInnen und den Ausführenden, die den 9,2-Millionen-Umbau einer Kirche zu einem Rathaus in gut eineinhalb Jahren bewerkstelligen mussten. Das grösste Problem sei gewesen, die Akustik einer Kirche in eine für ein Rathaus umzuwandeln, führte die Architektin aus. Die Kirche sei zum Zuhören und darum ein Hall durchaus erwünscht. Bei einem Ratsbetrieb stehe das Zuhören und Debattieren im Vordergrund und darum sollten alle sich gegenseitig gut verstehen. Akustisch ist dies mit Stoffen und einer exzellenten Sprechanlage gelungen; man hört sich gegenseitig unbestreitbar gut, ob man sich dann auch versteht, ist eine andere Frage. Auch Räume für zusätzliche Sitzungen bietet das Haus einige, so dass die Fraktionen tagen können. In ihrer Eröffnung meinte Esther Guyer, einige wären kaum betrübt, wenn sich der Umzug ins renovierte Rathaus am Limmatquai über das Jahr 2027 hinaus verzögern würde. Das Rathaus am Bullingerplatz (neu Rathaus Hard) bietet punkto Infrastruktur deutlich mehr als das alte Rathaus und kommt einem Haus des Parlaments deutlich näher. Nur hoffnungslose Nostalgiker wie ich sehnen sich ins alte Rathaus zurück.

Es gehört sich, dass in der Sitzung mitten in den Sportferien Traktanden behandelt werden, bei denen es auf eine Stimme mehr oder weniger kaum ankommt. Dazu eignen sich parlamentarische Initiativen bestens. Bei denen geht es bei der ersten Lesung nur darum, ob 60 KantonsrätInnen sie für eine Weiterbehandlung unterstützen. Inhaltlich kann man nach den Voten abschätzen, wie es bei der zweiten Lesung ausgehen könnte, nachdem die zuständigen Kommissionen und der Regierungsrat allfällige Kompromisse ausgelotet haben. Bei

den vier Initiativen mit mehr als 60 Stimmen würde ich folgendes tippen: Die Telemedizin erhält die gewünschte gesetzliche Verankerung, beim Ausmarchen zwischen Versorgungssicherheit und Naturschutz (was in dieser Zuspitzung nicht zutrifft), bei der Zonierung von Weilern und beim obligatorischen Ausbau der Solarenergie vor allem auf bestehenden Bauten besteht noch viel Diskussionsbedarf, sind aber breit abgestützte Lösungen möglich.

In der Frage der Telemedizin waren sich alle SprecherInnen einig. Es ist, richtig angewandt, eine Möglichkeit, die Engpässe bei den Notfallstationen und den HausärztInnen zu mildern und auch die Qualität zu heben. Sie ist aber heute rechtlich schlecht abgestützt, so dass Etliches, was gut möglich wäre (etwa Rezepte via Mail, Kontrollen ohne Arztbesuch), praktisch noch wenig erfolgt. Zudem, so der Praktiker Josef Widler (Mitte), sei die Entschädigung unzureichend.

Bei den Böden führen die Bürgerlichen, angeführt von der SVP, ihren Kampf für die Versorgungssicherheit, respektive die Wahrung ihrer bäuerlichen Subventionen (das ist nicht böse gemeint, sondern legitime Interessensvertretung) weiter. Nachdem sie sich vor den Ferien gegen die Förderung von neuen Feuchtgebieten gewehrt hatten, ging es an diesem Montag um die teilweise Umwandlung von Ackerland in Magerwiesen durch das Abtragen von Humus. In unsicheren Zeiten sei die Versorgung mit eigener Nahrung zentral, lautete die Begründung. Durch Bauen und Kiesgruben sei viel mehr Ackerland gefährdet, ein zentrales Gegenargument. In diesem Zusammenhang erreichte auch noch eine Initiative von Barbara Grüter (SVP) für eine neue Zone zum Bauen in Weilern ausserhalb des Siedlungsgebiets die 60 Stimmen. Die Baudirektion ist daran, dies zu regeln, aber ganz offensichtlich weniger grosszügig, als dies die Grundeigentümer in der Weilern wünschen. Das Problem an dieser Initiative: Entscheiden werden vermutlich die Gerichte, was das Bundesrecht noch zulässt.

Nicola Siegrist (SP) vertrat als erster Sprecher der Klimaallianz die Initiative zum Vorantreiben der Energiewende. Um die nötigen 45 Terawattstunden Solarenergie zu erreichen, ist eine bedeutend grössere Anwendung nötig. Zumal Sonnenenergie die einzige Energie ist, die im grossen Stil den nötigen Zusatzstrom liefern kann. Die Solaranlagen in den Alpen seien schon recht (was David Galeuchet,

Grüne, weniger findet), aber sie ersetzen die Produktion auf bestehenden und neuen Bauten nicht. Panels sollten nicht nur auf den Dächern, sondern auch an den Fassaden errichtet werden; nicht nur auf den Neubauten, sondern auch auf den bestehenden. Und hier vor allem in den grossen Liegenschaften in den Industriezonen und über den Parkplätzen. Wo genau, wie dies bezahlt werde und welche Ausnahmen gemacht werden können, darüber könne man eingehend diskutieren, fand Nicola Siegrist. Die NichtklimaallianzsprecherInnen störten sich an zweierlei: Erstens sei das neue Energiegesetz erst gerade in Kraft getreten und zweitens verstosse die Nachrüstung bei bestehenden Bauten zu stark gegen die Eigentums garantie. Zudem, so Yvonne Bürgin (Mitte), passiere in Rütli bereits sehr viel. Das kann ich nicht beurteilen, in Zürich jedenfalls wird allseitig viel geschwätzt und wenig getan.

KORREKTUR

In den Gedanken der Woche vom letzten Freitag habe ich betreffend der Ausgabenbremse einen Quatsch geschrieben. Es trifft zu, dass das Ratspräsidium und damit ab Mai konkret Sylvie Matter (SP) nur den Stichentscheid hat und sonst nicht abstimmen kann. Ausser es geht um ein Quorum, was vor allem bei der Ausgangsbremse relevant ist. Neue Ausgaben oder Erhöhungen eines Kontos durch einen Antrag aus dem Kantonsrat sind nur gültig, wenn mindestens 91 KantonsrätInnen zustimmen. In der neuen Legislatur hat die Klimaallianz von SP, Grünen, GLP, EVP und AL genau diese 91 Stimmen. Ohne Präsidentin komme die Allianz nur auf 90 Stimmen und könne so die Ausgabenbremse nicht ohne Hilfe einer zusätzlichen Partei überwinden, schrieb ich. Nun ist es aber so, dass bei Quorumsabstimmungen die Präsidentin mitstimmen darf (hier gibt es ja keinen Stichentscheid), womit die Allianz die 91 Stimmen bei vollständiger Anwesenheit erreichen kann. Relevant ist dies vor allem bei der Budgetdebatte. Ich entschuldige mich für mein Falschwissen. kl.

Neue Richtlinien und «Blackbox»

Die Aktualisierung der Hochhausrichtlinien geht in die nächste Runde – erwartungsgemäss unter genauer Beobachtung durch Einzelpersonen und Gruppen, die in Hochhäusern kein geeignetes Instrument zur Stadtentwicklung sehen.

Nicole Soland

Seit dem 15. Dezember 2022 waren die Aktualisierung der Hochhausrichtlinien und die dadurch nötig werdende Teilrevision der Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich öffentlich aufgelegt. Am kommenden Montag endet die Auflagefrist, während derer alle Interessierten Einwendungen gegen die neuen Richtlinien machen konnten. Die «Arbeitsgruppe Städtebau+Architektur Zürich» (Asaz), die sich bereits verschiedentlich (auch in dieser Zeitung) kritisch zum Hochhausbau in Zürich und zu Hochhäusern allgemein geäussert hat, verschickte ihre zwölfseitige Stellungnahme zur Aktualisierung der Richtlinien am 16. Februar an die Medien. Darin hält sie einleitend fest, die neuen Hochhausrichtlinien und der Hochhausbau seien «einstweilen zu sistieren». Stattdessen müssten das Amt für Städtebau und Grün Stadt Zürich «Zielsetzungen zu einem zeitgemässen, zukunftsfähigen und resilienten Städtebau» formulieren. Dieser müsse umweltgerecht, menschenfreundlich, transformierbar und ergänzungsfähig sein, «im Sinne von Stadtbaukunst». Weiter habe die Zusammensetzung des Baukollegiums in Zukunft folgenden zwei Bedingungen zu genügen: «Es nehmen nur Städtebauer und Architekten mit internationalem Ruf und ausgewiesener Forschungserfahrung Einsitz. Sie planen und bauen in Zürich nicht und sind mehrheitlich ausserhalb der Schweiz tätig. Das Baukollegium ist interdisziplinär, mit ausgewiesenen Fachpersonen zu besetzen (Umwelt, Klima, Soziologie, Psychologie).»

Die Asaz sieht ihre Argumente «vom Amt für Städtebau weder sachlich noch fachlich widerlegt», weshalb nun nur noch der Gemeinderat beschliessen könne, «den Bau weiterer Hochhäuser auf wenige, wirklich begründete Ausnahmen zu beschränken». Folgerichtig verlangt die Gruppe vom Gemeinderat, «den nicht mehr zeitgemässen Städtebau und die damit verknüpfte Hochhauspolitik des Hochbaudepartementes zu hinterfragen und zukunftsfähige Konzepte für die Stadtentwicklung zu fordern». Denn die alten und die neuen Hochhausrichtlinien seien «einseitig auf eine Baumform fixiert»: «Sie lenken nicht nur von den wirklichen Problemen unserer Stadt ab, von denen viele neu zu überdenken sind, sondern fördern und ver-

festigen die Fehlentwicklung für kommende Generationen, ohne Rücksicht auf den Klimawandel und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Bedürfnisse unserer Zeit und der Menschen in unserer Stadt.»

«Wir schätzen die breite Debatte»

Die Sistierung von Hochhausrichtlinien und -bau, eine andere Art Städtebau, ein anders zusammengesetztes Baukollegium und Forderungen an den Gemeinderat: Wie kommt diese geballte Ladung Kritik bei der Stadt beziehungsweise beim Amt für Städtebau an? Dessen Mediensprecher Anatole Fleck erklärt auf Anfrage: «Das Amt für Städtebau (AfS) schätzt die breite Debatte zur Aktualisierung der Hochhausrichtlinien, die es auch aktiv fördert: Bereits parallel zur Testplanung lief ein umfassender Dialogprozess, der jüngst (am 30. Januar 2023) durch eine weitere öffentliche Podiumsveranstaltung ergänzt wurde.» Weiter hält er fest, «aktuell findet, als wichtigster Teil der formellen Mitwirkung, die gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Auflage statt. Selbstverständlich wird die Einwendung der «Arbeitsgruppe Städtebau + Architektur Zürich» dabei eingehend geprüft werden.» Die Stadt Zürich äussere sich im laufenden Verfahren aber nicht zu einzelnen Einwendungen: «Dies im Sinne der Gleichbehandlung und in Anbetracht dessen, dass dadurch die spezifische Haltung einer Gruppe übermässiges Gewicht erhalten würde. Rückmeldung zu allen Einwendungen erstattet zu gegebenem Zeitpunkt der schriftliche Bericht – der wiederum eine wichtige Grundlage für die weitere politische Debatte im Gemeinderat bildet.»

Blackbox Baukollegium?

A propos Gemeinderat: Ein Spezialfall auf der langen Liste dessen, was die Asaz an den neuen Richtlinien im Allgemeinen und am Hochhausbau im Speziellen zu kritisieren hat, ist die Zusammensetzung und die Rolle des Baukollegiums. Dessen Präsident ist der Vorsteher des Hochbaudepartementes, die weiteren Mitglieder sind die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartementes sowie fünf unabhängige FachexpertInnen, die jeweils für maximal vier Jahre ins Baukollegi-

um gewählt werden. Mit ihrem Postulat vom 21. Dezember 2022, das im Ratsplenium noch nicht behandelt wurde, fordern Mischa Schiwow (AL) und Marco Denoth (SP) den Stadtrat auf, zu prüfen, «wie das Auswahlverfahren für die externen Mitglieder des städtischen Baukollegiums neugestaltet und mehr Transparenz über die beratenen Geschäfte hergestellt werden kann». Auf Anfrage betont Mischa Schiwow, der Vorstoss sei nicht speziell auf die Diskussion um die neuen Hochhausrichtlinien hin eingereicht worden, doch es gebe natürlich einen inhaltlichen Zusammenhang. Das Baukollegium habe einen entscheidenden Einfluss auf die Stadtentwicklung und das Baugeschehen in Zürich, halten die beiden Gemeinderäte denn auch zur Begründung ihres Postulats fest: «Insbesondere betrifft dies Empfehlungen über Abweichungen von der Regelbauweise, vom Bau- und Zonenplan im Rahmen privater Gestaltungspläne (z.B. bei Hochhäusern gemäss §284 Planungs- und Baugesetz PBG).» Mischa Schiwow führt dazu aus, dass das Baukollegium «sehr grossen Einfluss» habe und gleichzeitig «sehr wenig transparent» sei: «Mein grosses Anliegen ist, dass man weiss, worüber im Kollegium gerade geredet wird. Diesbezüglich ist es heute eine eigentliche Blackbox.»

«Das Baukollegium hat sehr grossen Einfluss und ist gleichzeitig sehr wenig transparent.»

Mischa Schiwow,
Gemeinderat AL

«Mein grosses Anliegen ist, dass man weiss, worüber im Kollegium gerade geredet wird. Diesbezüglich ist es heute eine eigentliche Blackbox.»

In ihrem Postulat halten die beiden Gemeinderäte weiter fest, die Teilnahme an den Arbeiten des Baukollegiums von in Zürich tätigen Fachleuten trage «im Prinzip zur fundierten Expertise bei, kann jedoch in diesem Kreis auch den Anschein der Befangenheit erwecken». Sie bedauern ausserdem «das Fehlen von Personen, welche die sozialen und ökologischen Aspekte des Städtebaus und der Entwicklung der Wohnsituation ins Baukollegium einbringen». Kurz: «Eine regelmässige Darstellung der wesentlichen ins Baukollegium eingebrachten Standpunkte könnte zur Akzeptanz der gefällten Entscheidung beitragen. Die Liste der vom Baukollegium beratenen Geschäfte soll der Öffentlichkeit mindestens vierteljährlich zur Kenntnis gebracht werden.» Die Chancen, dass der Rat das Postulat an den Stadtrat überweist, stünden gut, erklärt Mischa Schiwow. Man darf also gespannt sein auf eine Fortsetzung der Diskussion um die «Blackbox Baukollegium».

FORUM

Empfindlichkeit...

Vorweg: Ich bin sehr dafür, dass Frauen sich wehren, wenn ihnen Dinge zum Vorwurf gemacht werden, die bei Männern applaudiert werden. Aber (gilt für beide klassischen Geschlechter): Es hat eine Empfindlichkeit um sich gegriffen, die ich weder verstehen, noch gutheissen kann! Was soll schlimm oder abnormal daran sein, wenn jemand als «Flintenweib» (bzw. bei männlichen Wesen «Flintenkerl») bezeichnet wird?

Fast jede Abstimmung im Gemeindeparlament haben wir in meiner aktiven Politzeit verloren – damit muss man leben können, ebenso wie mit Anwürfen wegen der eigenen Meinung/Haltung (natürlich ohne Gewalt, Mobbing oder weitere Folgen, auch von anderen «Tätern»). Das ist eben der Preis der Opposition (zwar unangenehm, aber wir in der Schweiz bleiben im Normalfall immerhin ohne wirklichen Schaden – das Positive an der Demokratie im Gegensatz zu Putins Russland). Also seid bitte keine weiblichen oder männlichen Mi-mösl!

Liliane Goldberger,
Wädenswil

LeserInnenzuschriften zur Kolumne «Lob dem Verbot» im P.S. vom 17. Februar

Lieber Markus, du schreibst:

- «1. Verbote sind demokratisch.» Ironie, New speech oder frei nach Macchiavelli? Die Frauen in Afghanistan freuen sich über soviel Demokratie, die sie nun dank der Taliban-Herrschaft hinzugewonnen haben.
- «2. Verbote sind effektiv, da sie für alle gel-

ten.» «Alle Menschen sind gleich, aber einige sind gleicher» (K. Tucholsky). Das galt einmal für «Rasen betreten verboten» (z.B. in den Quaianlagen). Sperrstunde in den Beizen – unterwandert durch Gründung von Clubs usw. Viel einschneidender jedoch: das Verbot der Homosexualität; das Konkubinatsverbot inkl. Bettenkontrolle durch die Sittenpolizei bis in die 1970er-Jahre...

«3. Verbote sind darum auch maximal gerecht.» Z.B. schulischer Zwang zur Rechtshändigkeit: Als Linkshänderin mit Lineal zur Rechtsschreiberin geprügelt, empfinde ich die damaligen Körperstrafen maximal ungerecht.

«4. Verbote geben Rechtssicherheit.» Noch nicht so lange her haben wir die Körperstrafe an Schulen verboten – das musste erkämpft werden. Darf frau für eine andere Gesetzgebung kämpfen oder ist dies undemokratisch? «Das wusste schon Gott (sic!) mit seinen 10 Geboten», z.B. mit der Sittenpolizei, die selbst Gedanken verbietet in Gebot 8 und 9: Du sollst nicht begehren...

«5. Verbote sind effizient.» So effizient, dass Velofahren auf Trottoirs, Geschwindigkeitsüberschreitungen kaum mehr vorkommen?

«6. Verbote sind billig. Es braucht keine Bürokratie... ein Gesetz, ein paar Tafeln – und hopp!» HoppSchwiiz für unbürokratische Bussen, Einkesselungen bei Demos mit Strafverfahren, Streikverbot usw.!

«7. Verbote bewirken Routine, Routine entlastet uns, um den Alltag zu bewältigen.» Routine beim Abtreibungsver-

bot, bei häuslicher Gewalt? Bei Kindsmishandlung?

«8. Verbote senken die kognitiven Kosten, wir müssen nicht andauernd sinnieren, was wir tun sollen.» Wie schön, dass uns das Sinnieren vom Staat abgenommen wird. Ist dies nun realsozialistische Ironie oder Nostalgie nach DDR-Alltag?

Zusammengefasst: Ein Verbotsstaat ist das Gegenteil von Demokratie. Ich habe nicht die Grösse, zu sagen: «Ich teile deine Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür hergeben, dass du sie äussern darfst.»
Verena de Baan, Zürich

Unsäglich

Das unsägliche «Lob dem Verbot» von Markus Kunz im P.S. vom 17. Februar darf nicht unwidersprochen bleiben. Vorbei sind die Aufbruchzeiten der 68er-Bewegung, als wir gegen die starre Gesellschaft aufbegehrten und ein Verbot des Verbieters propagierten. Wohin Verbote führen, haben die Diktaturen Europas des 20. Jahrhunderts drastisch vor Augen geführt und Millionen von Menschen den Tod gebracht. Auch hierzulande ist es noch nicht sehr lange her, als verheirateten Frauen die Erwerbstätigkeit untersagt war und im Kanton Zürich unverheiratete Paare nicht zusammenleben durften, und wenn sie es doch taten, mit Bestrafung rechnen mussten. Dass der Autor uns Menschen die Eigenverantwortlichkeit glattwegs abspricht. Ist Ausdruck totalitären Gedankengutes. Schöne neue Welt, uns graut vor dir und deinen Befürwortern.
Annegret & David Katzenstein, Winterthur

PSSSSST...

Heuchler

Finde den Unterschied: Auf der Bühne prangert das Theater Neumarkt mit Vehemenz die einseitig auf den Profit ausgerichtete Geschäftstätigkeit von multinational agierenden Konzernen an. Hinter der Bühne tauscht dasselbe Haus für die Theaterbar – eine reihum nur defizitär zu betreibende Dienstleistung – den bisherigen Biervertrag mit einem lokalen, unabhängigen, mittelständischen Betrieb gegen ein «unschlagbares Angebot» eines multinational agierenden Konzerns aus. froh.

IN KÜRZE

Rücktritt

Seine Batterien seien leer, meinte der grüne Winterthurer Stadtrat Jürg Altwegg, als er am Mittwoch in einer Pressekonferenz seinen Rücktritt bekannt gab. Der Schulvorsteher war sechs Jahre im Amt und im letzten Jahr wiedergewählt worden. Die Pandemie und die Reform der Schulbehörden seien kräftezehrend gewesen. Altwegg verwies auf die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern, die ebenfalls vor Kurzem zurückgetreten ist, um neue Energien zu sammeln. Altwegg plant ein Sabbatical und eine längere Reise mit seiner Frau. Danach suche er eine Aufgabe in der Privatwirtschaft, am liebsten im Informatikbereich. Die Grünen Winterthur wollen den Stadtratssitz verteidigen. Co-Präsident Reto Diener sagte gegenüber dem «Landboten», es sei ein bewusster Entscheid gewesen, nicht sofort eine Kandidatur zu präsentieren, man wolle offen sein gegenüber allen Interessierten. Nun sei man da-

ran, eine Findungskommission einzusetzen. Man sucht ebenfalls noch das Gespräch mit den anderen Parteien der Klimaallianz von SP, EVP, AL und GLP. Diener selber winkt für eine Kandidatur eher ab. Die andere Co-Präsidentin und langjährige Stadtparlamentarierin Renate Dürr hingegen will. «Die Zeit ist jetzt reif für mich», sagte sie gegenüber dem «Landboten». Fraktionschef Christian Griesser will eher einer Frau den Vortritt überlassen. Auch die Bürgerlichen bringen sich in Stellung. Man wolle in den nächsten Tagen eine Auslegeordnung machen, meint FDP-Präsident Dieter Kläy. Er würde eine Einerkandidatur des bürgerlichen Lagers bevorzugen. Ramona Heuberger, die bei den letzten Wahlen erfolglos angetreten ist, überlegt sich in Ruhe eine erneute Kandidatur. SVP-Präsidentin Maria Wegelin lässt offen, ob sie erneut kandidiere. Auch die Frage nach einer bürgerlichen Einheitskandidatur möchte sie erst nach Gesprächen im Vorstand beantworten. Die Ersatzwahl wird am 18. Juni stattfinden. ml/m.

Gedenken

Heute Freitag, den 24. Februar jährt sich der russische Angriff auf die Ukraine. Tausende Menschen sind getötet worden, Millionen zur Flucht gezwungen, ein Kriegsende ist leider nicht in Sicht. Die Stadt Zürich, das Grossmünster, der Verein #Standup4democracy und VertreterInnen der ukrainischen Diaspora laden daher heute Freitag, 24. Februar um 17.30 Uhr gemeinsam zu einem Gedenkanlass ins Grossmünster ein. Die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch und der Grossmünsterpfarrer Christoph

Sigrist wollen gemeinsam ein Zeichen setzen, dass dieser Krieg nicht toleriert werden kann. Der Anlass wird von MusikerInnen des SoUkraine Orchestra begleitet, einem neu gegründeten Orchester mit MusikerInnen aus der Ukraine und der Schweiz. Bereits am Nachmittag öffnet das Kulturzentrum Helferei und serviert warme Suppe und Wareniki, traditionelle ukrainische Teigtaschen. Der Eintritt ist frei. mlm.

Garcia

Isabel Garcia, langjährige Gemeinderätin, Kantonsrätin und ehemalige Fraktionspräsidentin der GLP des Gemeinderats, ist von den Grünliberalen zur FDP übergetreten. Das gaben FDP und Isabel Garcia am Donnerstag in einer Medienmitteilung bekannt. Ihren Übertritt von der GLP

zur FDP begründet Isabel Garcia laut Medienmitteilung wie folgt: «Man hat sich auseinandergeliebt. Insbesondere die finanz- und wirtschaftspolitische Ausrichtung entsprach in letzter Zeit nicht mehr in ausreichendem Mass meinen diesbezüglichen Werten.» Pärparim Avdili, Parteipräsident der FDP Stadt Zürich, freut sich über den Neuzugang: «Mit Isabel verbindet uns Freisinnige das gemeinsame Streben nach einem zukunftsfähigen Zürich, ob in wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Fragen. Dieses Engagement wollen wir nun gemeinsam bestreiten.» Isabel Garcia ist mit Pärparim Avdili auch aktiv im Vorstand von Secundas Plus, wo sie auch als Präsidentin amtiert. Der Wechsel von Isabel Garcia überrascht, scheint aber einem längeren Prozess zu entsprechen. Als die Schreibende gemeinsam mit Garcia im Gemeinde-

rat war, war Garcia eher dem linken Flügel der GLP zuzurechnen. Jetzt begründet sie den Austritt mit Uneinigkeit in der Wirtschaftspolitik. Wie in vielen anderen Fällen, hat sich hier wohl nicht die politische Ausrichtung der Partei geändert, sondern jene der Person, die zu einer neuen Partei übertritt. Dass man so kurz nach den Wahlen auf die Idee kommt, die Partei, für die man eben erst kandidiert hat, sei nicht die richtige, ist auch nicht die ganz feine Art... Für die Klimaallianz im Kantonsrat sind das schlechte Nachrichten. Garcia wird dort der FDP-Fraktion anhören. Die Klimaallianz verliert damit ihre Mehrheit von einer Stimme. mlm.

Doch ohne MIV

Am 27. September 2020 hiessen die Zürcher Stimmbere-

chtigten die Volksinitiative «Sichere Velorouten für Zürich» gut. Seither sollen Velovorzugsrouten «grundsätzlich frei von motorisiertem Verkehr sein», hält der Regionalverband Pro Velo Kanton Zürich in einer am Donnerstag verschickten Medienmitteilung fest. Dennoch habe die Anfang 2021 aufgelegte erste städtische Velovorzugsroute entlang der Mühlebach- und Zollikerstrasse keine Massnahmen vorgesehen, um die Route vom motorisierten Verkehr (MIV) zu befreien. Pro Velo machte deshalb eine Einsprache, die der Stadtrat allerdings ablehnte. Der Verband «sah sich dadurch gezwungen, die Bedingungen für diese und weitere Velovorzugsrouten zu klären und hat den Entscheid weiter ans Statthalteramt gezogen», schreibt er weiter. Eineinhalb Jahre später liegt nun der Beschluss vor: Die Stadt

muss an der Mühlebach- und Zollikerstrasse «zwingend Messungen der Verkehrsmengen durchführen» und bei «nachweislichem Durchgangsverkehr nachträglich Massnahmen wie Fahrverbote für Motorfahrzeuge verfügen». Damit ordne das Statthalteramt ein reaktives Vorgehen an – Pro Velo hatte jedoch ursprünglich ein aktives Vorgehen gefordert, «das den motorisierten Durchgangsverkehr mit der Umsetzung der Velovorzugsroute von Beginn weg ausschliesst». Pro Velo akzeptiert den Entscheid trotzdem, denn die Stadt Zürich habe seither erkannt, dass das Anliegen «befreit vom Durchgangsverkehr» ernst zu nehmen sei. Zudem habe der Statthalter «die Forderung der Gegenpartei und Parkplatzlobby, die das Sicherheitsdefizit von Parkplätzen auf Velorouten negiert, (...) vollumfänglich abgelehnt». nic.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung
Auflage: 2450 Ex.
Herausgeber: P.S. Verlag,
Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.
Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.),
Tel. 044/241 07 60 (Politik),
Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241
07 60 (Politik/Produktion),
Thierry Frochoux (froh.),
Tel. 044/240 44 25 (Kultur/
Produktion), Tim Haag (tim.)
(Volontariat).
Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.),
Tel. 044/241 06 70, Peter
Weishaupt (pw./Korrektorat),
Hans Steiger (haste), Tobias
Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.),
Hermann Koch (hk.), Matthias
Erzinger (me.), Angela Bernetta
(net.), Roxane Steiger (rst.),
Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos:
Anna Hug, Iris Wehrli,
Tel. 044/241 07 60.

anzeigen@pszeitung.ch,
aboservice@pszeitung.ch,
redaktion@pszeitung.ch,
www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999
wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.–
(GönnerInnen: ab 300.–), enthält
10 x jährlich die Musikzeitung
LOOP. Separat-Abos: 33.–
www.loopzeitung.ch



Am Samstag letzter Woche, dem 18. Februar gingen mehr als 1000 Menschen gegen die Räumung des Koch-Areals auf die Strassen. Die bürgerlichen Medien schreien Zeter und Mordio, die Polizei hat die Grösse der Demo unterschätzt und sowohl Rechte als auch Linke wettern gegen die «linksextremen Chaoten» und deren hinterlassene Spur der Verwüstung – wenn auch beim genaueren Hinsehen diese Spur deutlich selektiver gestreut wurde, wie die sonstige Berichterstattung vermuten lässt: In der Badenerstrasse mussten primär die Autohäuser und geschneiegentrifizierte Lokale und Wohnhäuser dran glauben und nicht jeder kleine Laden, der Kiosk am Eck oder das durchschnittliche Wohnhaus. Wer mit Steinen wirft, hat das Glashaus aber durchaus getroffen. Sergio Scagliola



www.URR.ch

Im Auftrag Ihrer Zufriedenheit!

Umzug
Transport
Einlagerung



+41 62 824 04 40

KREUZWORTRÄTSEL

Lösungswort:

Zu gewinnen gibt es:

2 x 2 Eintritte ins Fotomuseum Winterthur. Aktuell bis 29.5.: Valie Export – Die Fotografien.
Adji Dieye – Aphasia.

www.fotomuseum.ch

Einsendeschluss: Dienstag, 7. März 2023

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich,
aboservice@pszeitung.ch
Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.
P.S.-MitarbeiterInnen sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Trauen Sie Ihren Augen.

Ab nächster Woche erscheint
P.S. in einem neuen Gewand.

Dilemma



«Es gibt keine Lösung, bei der man nicht schuldig wird», das sagte Gerhard Feige, der katholische Bischof von Magdeburg zur Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine. Er bringt damit das ethische

Dilemma auf den Punkt. Und dieses Dilemma gilt auch für die Schweiz. Auch wenn es bei uns nicht um die direkte, sondern lediglich um die indirekte Weitergabe von Waffen geht. Rechtlich und moralisch ist das Dilemma nicht einfach zu lösen. Konkret gab es Gesuche aus Deutschland, Dänemark und Spanien, die Munition, Truppentransporter oder Panzer an die Ukraine weiterreichen wollten. Der Bundesrat lehnte diese Gesuche mit Verweis auf das Kriegsmaterialgesetz und die Neutralität ab. Dies führte in diesen Ländern, namentlich in Deutschland, zu einiger Verstimmung. Das Kriegsmaterialgesetz wurde als Reaktion auf die Korrekturinitiative verschärft. Diese wollte verhindern, dass Schweizer Waffen in Bürgerkriegen eingesetzt werden, oder an Länder geliefert werden, die die Menschenrechte systematisch verletzen. Im Kriegsmaterialgesetz ist klar geregelt, dass Kriegsmaterial nicht weitergegeben werden kann an Länder, die in einen internen oder internationalen Konflikt verwickelt sind. Zum Zweiten verletzt eine Weitergabe laut Bundesrat das Neutralitätsrecht gemäss Haager Abkommen von 1907, das neutralen Staaten eine Gleichbehandlung aller Kriegsparteien vorschreibt. Das heisst, wenn man eine Wiederausfuhr an die Ukraine ermöglicht, müsste man dies auch für Russland tun. Diese Auffassung ist allerdings auch umstritten.

Der schreckliche Krieg in der Ukraine tobt nun seit einem Jahr. Eine schnelle Lösung scheint nicht in Sicht. Um der russischen Übermacht etwas entgegenzusetzen zu können, ist die Ukraine auf Waffenlieferung aus dem Westen angewiesen. Der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine ist auch eine Bedrohung der europäischen Sicherheitsarchitektur. Wenn Russland den Krieg gewinnen sollte, so sind weitere Länder – mindestens im engeren Umfeld – in Gefahr. Die Schweiz hat sich nach anfänglichem Zögern entschlossen, sich den internationalen Sanktionen anzuschliessen. Für die SVP war dies schon ein Verrat an der Neutralität.

Nun wollen verschiedene Kräfte eine Wiedergabe von Kriegsmaterial durch die Schweiz ermöglichen. Gerhard Pfister von der Mitte vertrat immer die Ansicht, dass die Weitergabe durch den Bundesrat auch ohne Gesetzesänderung möglich sei. Bekanntlich sieht dies der Bundesrat anders. Dann gibt es noch jene, die gegen die Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes waren und jetzt die Gelegenheit wittern, dieses generell wieder zu lockern.

In diesem Spannungsfeld versuchten die beiden Sicherheitspolitischen Kommissionen (SIK) von National- und Ständerat eine Lösung zu suchen. Nach der Sitzung von dieser Woche sind noch drei Optionen auf dem Tisch, die alle ehrlicherweise ein paar Pferdefüsse aufweisen. Zum einen eine parlamentarische Initiative der SIK des Nationalrats, die von der Mitte eingebracht wurde, die eine eng begrenzte Ausnahmegewilligung für die Ukraine will. Zum anderen eine von der SP eingebrachte Motion, die eine Ausnahmegewilligung ermöglichen will, wenn der UNO-Sicherheitsrat eine Verletzung des völkerrechtlichen Gewaltverbots feststellt oder, wenn der UNO-Sicherheitsrat aufgrund eines Vetos nicht entscheidungsfähig ist, es aber von einer Zweidrittel-Mehrheit der UNO-Generalversammlung festgestellt wurde. Als Drittes wurde eine parlamentarische Initiative der SIK des Ständerats, die von der FDP eingebracht wurde, modifiziert. Die Nichtwiederausfuhr-Erklärung für Schweizer Waffen soll ausnahmsweise auf fünf Jahre befristet werden können, wenn ein Land dieselben Werte wie die Schweiz vertritt und über ein ähnliches Exportkontrollregime verfügt. Befindet sich das Bestimmungsland im Krieg, ist die Weitergabe nur dann erlaubt, wenn das Land von seinem Recht auf Selbstverteidigung bei völkerrechtswidrigem Angriff Gebrauch macht. Dies wird analog des SP-Vorschlags definiert. Ausserdem wurde aus dem in der Ständeratskommission vorgeschlagenen Automatismus eine «Kann-Bestimmung» – der Bundesrat muss eine Wiederausfuhrbewilligung also nicht automatisch erteilen. Bei all diesen Vorschlägen gibt es Zweifel, ob diese neutralitätsrechtlich bestehen.

Die SP hat über die Grundsatzfrage der Weitergabe an der letzten Fraktionssitzung ausführlich diskutiert. Zwar hat sich eine

Mehrheit dafür ausgesprochen, der Entscheid war allerdings knapp. Die Argumente dagegen entsprechen denjenigen der Grünen: Eine Wiederausfuhr sei neutralitätsrechtlich schwierig und sie sei auch nicht nötig, weil sie nicht kriegsentscheidend ist. Die Schweiz hat andere Möglichkeiten, die sie zu wenig nutzt, so bei der Kriegsfinanzierung, dem Rohstoffhandel und bei der humanitären Hilfe. Diese Argumente sind alle richtig. Und ich halte es auch für eine Stärke, wenn man sich bei dieser Entscheidung schwertut. Mir sind jene suspekt, die hier ganz klar wissen, was richtig und falsch ist. Seien es jene Westentaschenmüchtegeneräle (gibt es auch in weiblich), die vom bequemen Schreibtisch aus pathetische Voten halten. Wie auch jene kicherenden «Friedens»-aktivistinnen der Querfront, die suggerieren, ein Frieden sei ganz easy zu haben, wenn man Putin nur nett darum bitten würde.

Ich habe mit der Mehrheit gestimmt, um die Suche nach einer Lösung zu ermöglichen, die das Kriegsmaterialgesetz nicht verwässert und sich am Völkerrecht orientiert. Ob sie wirklich gefunden wird, ist offen. Aber wenn wir der Meinung sind, dass es richtig ist, dass andere Länder Waffen an die Ukraine liefern, dann scheint es mir irgendwie auch nicht ganz solidarisch, wenn wir uns einfach die Hände selber nicht schmutzig machen wollen. Das kann man nur dann begründen, wenn man es richtig findet, eine enge Auffassung von Neutralität zu vertreten.

Aber ist die auch richtig? Historisch gesehen wurde das Haager Abkommen in einer Zeit verfasst, in denen Krieg nicht nur legal, sondern auch legitim war. Dies änderte sich nach der Erfahrung der schrecklichen Weltkriege. Der Angriffskrieg ist seither klar geächtet und illegal. Demgegenüber kann sich ein Land, das dem Völkerrecht und der internationalen Gemeinschaft gegenüber verpflichtet ist, nicht im engen Sinne neutral verhalten. Eine solidarische Aussen- und Sicherheitspolitik muss auf der Seite des Opfers stehen, eine enge Auffassung der Neutralität ist in dieser Situation eben auch ein Positionsbezug, nämlich für den Aggressor.

Geopolitik ist nicht ohne Ambivalenzen zu haben. Man muss diese Ambivalenzen aushalten, wenn man die differenzierte Debatte sucht. Das Dilemma wird bleiben.

Min Li Marti

Vom Militärkoloss zum Bildungszentrum

Das Kasernenareal wird zur Baustelle: Fast alle Gebäude werden der Stadt übergeben, die Militär- und Polizeikaserne wird zurückgebaut, den Zwischennutzungen per 2025 gekündigt – das ehemalige Gefängnis sowie die Kaserne sollen in Zukunft zum (freiwilligen) Verweilen einladen.

Sergio Scagliola

Es waren nicht VertreterInnen der Politik, die am vergangenen Mittwoch per Livestream vorstellten, was bis circa 2030 auf dem Kasernenareal alles geschehen soll, sondern die «Heinzelmännchen»: vom Projektbüro, vom Hochbauamt, aber auch von der Gesamtprojektleitung seitens der Stadt Zürich und vom Kanton. Der Kanton ist Eigentümer des Areals. Fast alle Gebäude sollen in den nächsten Jahren aber an die Stadt abgegeben werden – wenn auch mit weiterhin enger Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton mit einer Co-Projektgesamtleitung. Die Zeughäuser werden saniert, die Militärkaserne wird umgebaut, die Kasernenwiese erhält mehr Fläche und für Kultur und Veranstaltungen bleibt weiterhin Platz. Kostenpunkt des gesamten Projekts: 180 Millionen Franken.

Um- und Rückbau

Nachdem die alte Militärkaserne nun seit Jahren leersteht, wurde letztes Jahr der ehemals eingezäunte Teil der Wiese geöffnet. Es ist ein erster Schritt in einem grösseren Rückbauprozess. Denn der denkmalgeschützte Koloss an der Sihl soll endlich umgestaltet werden. Ein völlig neu gedachtes Kasernenareal soll her.

Auf dem Dach ist eine grössere Glasstruktur geplant, von der man auf die Kasernenwiese herunterschauen kann. Im Inneren wird grundlegend umgestaltet. Im Erdgeschoss soll ein Durchgang entstehen, der für

die Öffentlichkeit konzipiert ist. Heisst bei der Stadt: Gewerbeflächen. Cafés oder Bars und kleine Geschäfte sollen diesen Durchgang nutzen können. Aber auch für Kultur und soziale Einrichtungen will die Stadt Platz freihalten. Im Flügel, der in Richtung Hauptbahnhof gelegen ist, soll es einen Saal geben, in dem 300 Personen Platz finden. Als Herzstück des Baus im Mitteltrakt wird weiter ein Atrium errichtet, wo über mehrere Stockwerke rund um den Leerraum im Inneren Co-Working-Plätze installiert werden sollen. In den Obergeschossen ziehen Bildungsinstitutionen ein – die kantonale Schule für Berufsbildung und die kantonale Maturitätsschule für Erwachsene.

Ein Baurechtsvertrag existiert allerdings noch nicht. PassantInnen dürften dennoch bereits beobachtet haben, dass BauarbeiterInnen in der Militärkaserne emsig ein und aus gehen – denn die Räumungsarbeiten haben bereits begonnen. Der Bau ist gegenwärtig nicht nutzbar. Beim Umbau soll aber möglichst viel erhalten bleiben. Die Möbel werden restauriert und die lädierten Steinlöwen, die einst auf dem Areal standen, werden als Ausstellungsstücke ins Innere verlegt – und es gibt neue Löwen draussen. Was nicht mehr genutzt wird, wird weitergegeben, umfunktioniert oder auch verkauft. Felix Gisler, Gesamtprojektleiter auf Kantonsseite schätzte, dass die Kaserne etwa per Ende Jahr für eine allfällige Zwischennutzung bezugsbereit sei.

Die Umgestaltung der ehemaligen Soldatenschlafquartiere im Haus bringt aber auch

viele Herausforderungen mit sich. Aus den engen Schlauchzimmern will man hier lichtdurchflutete Schulräume und weite Gänge machen und eine einladende Atmosphäre schaffen. Dafür muss einiges rausgerissen werden – und die Stahlträger freigelegt. Wie einladend eine industrielle, militärisch angehauchte Atmosphäre für Bildungsräume wohl ist?

Die Sache mit der Partizipation

Viel Zeit nahmen sich die Projektverantwortlichen für die Beantwortung der Fragen seitens von ZuschauerInnen, wo viel Kritik geübt wurde. So störte sich die Bevölkerung bei fast der Hälfte der besprochenen Fragen an der anscheinend von Hunden überrannten Kasernenwiese. Aber nicht nur den Hündelern schlug eine Welle der Kritik entgegen, auch die vorgestellten Pläne wurden nicht mit riesiger Begeisterung entgegengenommen. Mehrfach wurde eingebracht, dass ein Quartierzentrum hier durchaus wünschenswert wäre – worauf seitens des Kantons entgegnet wurde, dass diese Idee noch nie so oft aufkam wie im Rahmen des Livestreams. Wie dem auch sei, es spielt keine Rolle, denn die Zeit für Partizipation ist abgelaufen. Das neue Kasernenareal wird wohl eine schöne Fläche – mit mehr Freiraum als bisher – mitten im Zentrum sein, aber man fragt sich angesichts der Flut von ähnlichen Fragen zum Schluss des Livestreams dennoch: Ist die Partizipation der Bevölkerung bei Raumplanungsprojekten der Stadt wirklich so wichtig, wie so oft betont wird?

CARTOON BY ROMAN PRELICZ



Zeitenwende der Unmenschlichkeit



Heute jährt sich die russische Invasion der Ukraine zum ersten Mal. Zehntausende haben bisher ihr Leben verloren, Hunderttausende ihre Heimat, ihre Angehörigen, ihre Hoffnung. Das Sammeln von Beweisen der unbeschreiblichen Gräueltaten, die bisher in diesem fürchterlichen Krieg begangen wurden, hat gerade erst begonnen. Während die Opfer ihr Leben lang gezeichnet sein werden, ist unklar, ob die TäterInnen dieser Verbrechen je zur Rechenschaft gezogen werden können. «Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Er bedroht unsere gesamte Nachkriegsordnung», hatte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz Ende Februar vor einem Jahr gesagt.

Kriege und bewaffnete Konflikte gab es leider viele seit dem Zweiten Weltkrieg. Meine erste Demo war gegen den verbrecherischen Irak-Krieg. Und dennoch markiert der Krieg gegen die Ukraine einen Epochenbruch: Es ist ein Krieg zur Auslöschung einer Nation, ein kolonialer Krieg mit dem Ziel, das System der kollektiven Sicherheit über den Haufen zu werfen, und es ist ein Krieg gegen die Demokratie.

Während in der Schweiz vor allem SVP-ExponentInnen der russischen Propaganda das Wort reden, haben sich in anderen Ländern auch vermeintlich Linke aus sicherer Distanz

zu WortführerInnen einer sogenannten «Friedenslösung» gemacht. Die Vorschläge zielen darauf ab, die Gewalt zum Preis der territorialen Integrität der Ukraine zu stoppen. Was pazifistisch tönt, ist in Wahrheit ein Verrat an der Menschlichkeit. Die Menschen in Spanien, insbesondere die republikanische Linke, haben nach dem verlorenen Bürgerkrieg 1939 erlebt, was ein durch internationales Appeasement erzwungener «Frieden» und die Aufgabe der Demokratie bedeuten: fast 40 Jahre Terror-Herrschaft. Frieden ist eben mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet Strukturen für die Sicherheit und den Schutz vor Gewalt für alle Menschen.

Der Zeitenwende der Unmenschlichkeit, die hartnäckig erkämpfte Prinzipien wie die Menschenrechte, die Demokratie und die Selbstbestimmung der Völker vernichten will, müssen wir mit klarem Kopf entschlossen Menschlichkeit entgegenhalten. Das bedeutet weder konzeptloses Aufrüsten noch Naivität gegenüber weiterhin bestehenden geopolitischen Interessen oder Machtstrukturen.

Es heisst: Einstehen für die betroffenen Menschen! Die UkrainerInnen wollen ihre Freiheit verteidigen. Und dazu haben sie nicht nur jedes Recht, sondern auch unsere Solidarität verdient.

Auch nach einem Jahr Krieg gilt: Putin darf nicht gewinnen. Es würde bedeuten, dass sich auch in Europa wieder das Recht des Stärkeren durchsetzt. Die Rolle der Schweiz ist es, die Stärke des Rechts zu verteidigen – im Interesse der gesamten Menschheit.

Fabian Molina,
Nationalrat SP

Real Verantwortung wahrnehmen



Nicht jede Entscheidung ist einfach. Jene, ob die Schweiz die Weiterlieferung von Waffen an die Ukraine zulassen soll, ist es sicher nicht. Auch innerhalb der Grünen wird diese Frage heiss diskutiert. Für mich wichtig: Wer sich als Grüne/Grüner für die Weiterlieferung ausspricht, ist darum keine Kriegsgurgel. Und wer sich als Grüner weiter dagegen wehrt, tut das nicht als PutinversteherrIn. Wir Grüne wollen alles gegen die Aggression Putins tun, was völkerrechtlich unbestritten möglich ist. Die Schweiz hat eine besondere Verantwortung als Rohstoffhandelsplatz und Ermöglicherin des ökonomischen Putinismus.

Nach dem Angriff fanden Sanktionen, welche die Grünen schon vor Kriegsbeginn gefordert hatten, Zustimmung bis zur FDP. Aber die Umsetzung hapert massiv. Wir forderten darum Transparenz über die BesitzerInnen von undurchsichtigen Unternehmenskonstrukten. Und eine Kriegsgewinnsteuer. Die massiven Übergewinne im Rohstoffbereich gehören den UkrainerInnen, nicht den AktionärInnen. Auch die Schweiz soll eigenständige Sanktionen verhängen. Und die Turbinen im Notfall-Gaskraftwerk in Birr gehören in die Ukraine.

Das eine tun. Und das andere nicht lassen – entgegenen Befürworter der Munitionsweitergabe. Gelassen wird aber viel. Warum zahlt Österreich als ebenso militärisch neutrales Land viermal so viel humanitäre

Hilfe wie die Schweiz? Die Bürgerlichen lehnten eine Erhöhung ab. Russlands Kriegsfähigkeit real brechen könnten wir, wenn wir die Kriegsfinanzierung via Rohstoffhandel stoppen würden. 80 Prozent dafür läuft über die Schweiz!

Dass die Ukraine heute dringend auch Waffen braucht, um sich zu wehren, ist unbestritten. Bestritten ist bloss die Rolle der Schweiz. Auch Micheline Calmy-Rey hat diese Woche in der «Republik» bekräftigt, dass Kriegsmateriallieferungen an die Ukraine neutralitätsrechtlich ausgeschlossen sind. Eine Lockerung des Kriegsmaterialexportgesetzes würde Wege verbauen auf dem diplomatischen Parkett. So hat Wolodimir Selenski ja die Schweiz gebeten, die Ukraine mit einem Schutzmandat in Russland zu vertreten.

Last but not least ist die Sorge um die Ukraine nicht die einzige Motivation zur Aufweichung des Kriegsmaterialexportgesetzes. Zur Kenntlichkeit bringt FDP-Präsident Thierry Burkart die Haltung der Freisinnigen mit seiner Kritik an der SVP auf allen Kanälen: «Die SVP leitet den langsamen Tod der Schweizer Rüstungsindustrie ein». Die Kritik an der SVP muss aber in die umgekehrte Richtung gehen. Die SVP-Neutralität ist tatsächlich eine Neutralität des Portemonnaies. Geschäfte mit allen, solange es sich nur rechnet. Darum haben in der Politik der SVP auch Sanktionen keinen Platz – sie könnten ja auch dem eigenen Geschäft schaden. Die Frage sei erlaubt: Könnte die FDP-Solidarität der Waffenweitergabe tatsächlich ebenfalls eine des Portemonnaies sein – weil sonst die Schweizer Rüstungsindustrie Absatzmärkte und Umsatz verliert? Honi soit qui mal y pense.
Balthasar Glättli

Generationenkonflikt ums Gleichstellungsgesetz

Basel-Stadt möchte den kantonalen Gleichstellungsauftrag, der sich aktuell noch auf die Gleichstellung von «Frauen» und «Männern» begrenzt, künftig auch auf lesbische, schwule, bisexuelle, Trans- und Inter-Personen (LGBTQIA+) erweitern. Im Streitgespräch mit Tim Haag und Valerie Zaslowski (Bajour) nehmen Ingrid Rusterholtz, die sich mit der feministischen Gruppierung «Justitia ruft» gegen das Gesetz wehrt, und SP-Grossrätin Melanie Nussbaumer Stellung. Das Streitgespräch erscheint ebenfalls auf Bajour.

Frau Rusterholtz, wieso sind Sie dagegen, das Gleichstellungsgesetz zu erweitern und offen zu formulieren?

Ingrid Rusterholtz: Es ist eine Behauptung, dass das Gesetz offen formuliert ist. Es bezieht sich vor allem auf die LGBTQIA+-Community. Frauen und Männer sind hingegen praktisch rausgestrichen, nicht mehr als eine Marginalie.

Melanie Nussbaumer: Die Behauptung, die Frauen seien nicht im Gesetz berücksichtigt, ist schlichtweg falsch. Wie könnten bei der «Gleichstellung der Geschlechter» Frauen nicht gemeint sein? Nach dem Vernehmlassungsprozess wurden die Kategorien Frauen, Männer und Trans- bzw. Inter-Personen im Zweckartikel wieder explizit erwähnt, um dieses Missverständnis aus der Welt zu schaffen.

Frau Nussbaumer, unsere Gesellschaft ist binär organisiert, wieso sollte das nicht auch im Gesetz widerspiegelt werden?

M.N.: Es stimmt, dass ganz viele Leute sich an dieser Binarität orientieren und unsere Gesellschaft so organisiert ist. Aber es ist eben auch Fakt, dass Lebensrealitäten vielfältiger und bunter geworden sind. Es gibt heutzutage nicht mehr nur blau und rosa – ausser in den Spielzeugabteilungen (lacht). Es gibt Trans-Personen, es gibt Inter-Personen, es gibt nonbinäre Personen, das kann man nicht wegreden. Das heisst, es entspricht eben durchaus der aktuellen Realität, das Gesetz so zu schreiben.

Das Gesetz spricht von Geschlechtsmerkmalen, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und sozialem Geschlecht, inwiefern können Herr und Frau Schweizer mit diesen Definitionen etwas anfangen? Eilt das Gesetz den gesellschaftlichen Entwicklungen voraus?

M.N.: Ja, die Definitionen sind komplex. Aber viele Gesetzestexte sind komplex. Und die Realität ist noch komplexer. Die Definitionen im Gesetz entsprechen einer aktuellen Fachdiskussion, sie basieren auf den Jakarta-Prinzipien, sind also international etabliert und von JuristInnen geschrieben. Mir ist wichtig, nochmals zu betonen, dass Frauen und Männer nicht abgeschafft werden. Wenn

dem so wäre, würde ich es auch nicht akzeptieren. Aber das macht das Gesetz eben nicht, es sagt lediglich, dass neben Frauen und Männern auch noch andere Geschlechter existieren. Auch wegen der sexuellen Orientierung wird man heutzutage oft diskriminiert, deshalb muss man dem etwas entgegensetzen.

I.R.: Die Definitionen kommen aus der Community, aus der Soziologie, aber wir haben es hier mit einem Gesetz zu tun. Gleichstellung ist ein etablierter Begriff, der auf Geschlechterverhältnisse abzielt. Politisch, sozial, ökonomisch. Die Ungleichstellung der Geschlechter ist eine soziokulturelle Entwicklung. Und diese Entwicklung soll mithilfe von Gleichstellungsgesetzen so verändert werden, dass das Geschlechtergefälle egalisiert wird. Die Geschlechterkategorien sind im Kollektiv anzuschauen. Die Leute, von denen Sie reden, sind Minderheiten. Wir sind absolut gegen die Ausgrenzung von Minderheiten, aber sie gehören unserer Meinung nach nicht in ein Gleichstellungsgesetz, vor allem, wenn das Gesetz so formuliert ist, dass die Geschlechtergleichstellung verdrängt wird – und das ist hier der Fall.

Frau Rusterholtz, wieso sollen Frauen kollektiv benachteiligt sein und beispielsweise Trans-Menschen nicht?

I.R.: Frauenbenachteiligung hat einen überindividuellen, kulturalisierten Konnex. Sie existiert, seit wir in patriarchalen Gesellschaften leben. Das Weibliche ist in der Gesellschaft abgewertet. Ich bin absolut dafür, dass es eine Antidiskriminierungsnorm für die Menschen gibt, die Sie aufgezählt haben, aber die Gleichstellung der Geschlechter folgt einem anderen Ansatz. Es ist der Ansatz einer gesellschaftlichen Veränderung. Das fällt, so wie es jetzt angeschaut wird, weg. Dagegen bin ich!

Hier scheint Ihr Grund-Dissens zu liegen: Sie, Frau Rusterholtz sagen, Frauen würden im Gesetz marginalisiert, Sie, Frau Nussbaumer finden, dem sei nicht so.

M.N.: Meine politische Haltung ist, dass Diskriminierung aufgrund des Geschlechts nicht zu akzeptieren ist. Und dazu zählt eben auch die strukturelle Diskriminierung von Trans-Personen. Es ist derselbe kulturelle Kontext des Patriarchats, welcher Trans-Personen und Frauen diskriminiert. Die Frage, um die es hier wirklich geht, ist also eigentlich: Wollen wir, dass die diskriminierten Leute sich individuell wehren müssen oder wollen wir als Kanton Ressourcen in die Hände nehmen, um der kollektiven Diskriminierung proaktiv etwas entgegenzusetzen? Wenn man benachteiligte Trans-Menschen unterstützen will, braucht es einen erweiterten Gleichstellungsauftrag.

I.R.: Frau Nussbaumer, Schwangerschaft und Mutterschaft sind in der Erwerbswelt der expliziteste Faktor für Diskriminierung von Frauen. Das ist erforscht und bewiesen. Doch diesen Faktor für Benachteiligung

sucht man in diesem Gesetz vergebens. Für mich ist das ein Hinweis, dass der Fokus nicht auf den Frauen liegt.

M.N.: Natürlich ist Mutterschaft ein Diskriminierungsfaktor. Aber Mutterschaft wird schon im jetzt gültigen Gesetz nicht explizit erwähnt. Dennoch konnte und kann mit dem Gesetz gegen die Mutterschaftsdiskriminierung vorgegangen werden. Aber es müssen eben auch

LGBTQIA+-Personen unterstützt werden, sie haben beispielsweise eine der höchsten Suizid-Raten der Gesellschaft. Für die psychosoziale Beratung aus der Community kann neu mit diesem Gesetz Geld gesprochen werden. Das ist eine Gleichstellungsmassnahme.

I.R.: Aber diese Fragen muss man doch nicht in einem Gleichstellungsgesetz behandeln. Eine Antidiskriminierungsnorm wäre korrekt.

Frau Rusterholtz: Warum kann man diese Fragen nicht unter Gleichstellung behandeln?

I.R.: Gleichstellung verlangt nach einem Referenzpunkt, und das sind in unserer Gesellschaft Männer. Gleichstellung im allgemeinen Verständnis meint die Egalisierung zwischen

«Natürlich ist Mutterschaft ein Diskriminierungsfaktor. Aber Mutterschaft wird schon im jetzt gültigen Gesetz nicht explizit erwähnt.»

Melanie Nussbaumer, SP-Grossrätin BS

den Geschlechtern. Wenn Sie Gleichstellung für Trans-Personen verlangen, dann haben Sie keinen Referenzpunkt mehr.

M.N.: Die Zeiten, dass Frauen gleich werden sollten wie Männer, sind vorbei, das ist kein zeitgemässes Gleichstellungsverständnis mehr. Das Ziel ist, dass niemand aufgrund des eigenen Geschlechts schlechter gestellt ist, unabhängig ob cis oder trans. Diskriminierungsschutz und Gleichstellungspolitik sind zwei Seiten einer Medaille.

I.R.: Ohne Referenzpunkt haben Sie aber keine politische Handhabe mehr für Verbesserungen, sondern einen grossen Einheitsbrei. Uns trifft ja entweder der Vorwurf, wir kümmern uns nur um Frauen, oder der Vorwurf, wir würden die Minderheiten ausgrenzen.

M.N.: Darf ich kurz erklären, warum Leute das Gefühl haben, dass Sie gegen Trans-Personen sind?

I.R.: Wir sind nicht gegen diese Menschengruppen, wir sind lediglich gegen das Gesetz. Sprich: Wir wollen nicht, dass sie zu 95 Prozent im Gleichstellungsgesetz vorkommen, 99,6 Prozent der Menschen verstehen sich als Frauen oder Männer.

M.N.: Sie wollen die Gleichstellungsarbeit nur für Frauen und Männer reservieren. Damit sagen Sie, dass LGBTQIA+-Personen diese Gleichstellungsarbeit nicht brauchen oder nicht verdient haben.

Frau Rusterholtz, «Justitia ruft» bezieht sich in den Medien gerne auf das Garderoben-Beispiel, wonach sich Mädchen unwohl fühlen könnten, wenn eine Trans-Frau ebenfalls Zutritt zur Umkleide erhält. Wo ist hier der Zusammenhang mit der aktuellen Debatte?

I.R.: Das Beispiel ist eine konkrete Begebenheit aus dem letzten Sommer.

M.N.: Wenn Sie immer nur diese negativen Beispiele bringen und implizit sagen, Trans-Personen seien gefährlich, führt das dazu, dass Sie Vorurteile gegenüber Trans-Menschen produzieren und zementieren. Diese Vorurteile führen zu Diskriminierung.

I.R.: Das sagen wir nicht. Doch wenn man ein solches Gesetz macht, muss man sogenannte Kollisionsnormen einführen, dann muss man regeln, was passiert, wenn ein Interessenskonflikt entsteht. Im Gesetzesentwurf sucht man solche Normen vergebens. Wenn eine Trans-Frau in der Badi vor der Frauengarderobe steht und sagt, sie sei eine Frau, darf sie hinein.

M.N.: Sie ist ja auch eine Frau.

I.R.: Ja, sie ist es – für sich. Aber vielleicht empfinden das die Mädchen, die in der Garderobe sind, eben nicht so. Deshalb braucht es Kollisionsnormen.



Zwei Feministinnen mit unterschiedlichen Ideen von Gleichstellung: Ingrid Rusterholtz (links) und Melanie Nussbaumer. Tim Haag

Melanie Nussbaumer, was ist mit der Person mit Schnauz, die in Zürich die Frauenbadi betreten wollte, ist das kein Interessenskonflikt?

M.N.: Ich sehe hier keinen Interessenskonflikt, man kann doch genauso Schutzräume für Frauen oder Männer wie auch Schutzräume für Trans-Personen fordern. Das ist kein Widerspruch. Es könnte ja Frauen-, Männer- und zusätzlich geschlechtsneutrale Garderoben geben. Wir könnten dann von einem Interessenskonflikt sprechen, wenn die Abteilung Gleichstellung einen Teil der Ressourcen, die sie bis jetzt hatten, von den Frauen klauen und

in die LGBTQIA+-Community investieren müsste. Das fände ich persönlich auch schwierig. Aber so ist es nicht, es handelt sich beim neuen Gesetz um eine Erweiterung und um zusätzliche Ressourcen für LGBTQIA+.

I.R.: Ja, auf der Fachstelle vielleicht. Aber nicht im Gesetz, dort haben wir einen Ersatz, keine Erweiterung.

Frau Rusterholtz, kommen wir zum Inhalt, das neue Gleichstellungsgesetz ändert nichts daran, dass beispielsweise Lohnanalysen auf den amtlichen Geschlechtseintrag ausgerichtet bleiben. Besteht bei «Justitia ruft» die Angst, dass es hier bald kein männlich/weiblich mehr geben soll?

I.R.: Ich habe sehr wenige Ängste in dieser Hinsicht. Frauen und Männer lassen sich nicht abschaffen. Aber man kann ja in der Schweiz schon heute per Sprechakt das Geschlecht wechseln, und das ist doch ein tolles Angebot, beispielsweise für Männer, die kurz vor der Pensionierung stehen und sich früher pensionieren lassen wollen (lacht).

M.N.: Das ist wieder genau so ein Beispiel, sie stellen es dar, als mache man das

aus Spass oder um eine bessere Rente zu bekommen.

I.R.: Ach was, manchmal bricht bei mir der Sarkasmus durch.

Frau Nussbaumer, haben Sie Angst?

M.N.: Ja, ein bisschen. Zumindest gibt es eine neo-liberale, libertäre Strömung, die negiert, dass durch das Geschlecht in unserer Gesellschaft sehr viel Ungleichheit produziert wird. Das finde ich sehr gefährlich. Um Ungleichheiten zu bekämpfen, muss man sie auch benennen können.

Frau Rusterholtz, Sie haben keine Angst, sagen aber, viele junge AkademikerInnen würden sich heute nicht mehr trauen, ihre Meinung zu äussern, aus Angst, als reaktionär abgestempelt zu werden.

I.R.: Ja, das habe ich aus Uni-Kreisen gehört. Selbst ich als gestandene Feministin musste mich bei dieser Debatte zum ersten Mal überwinden, Dinge anzusprechen. Und wer im Erwerbsleben ist, ist sicher noch zurückhaltender. Oder versteht die ganze Debatte nicht.

M.N.: Ich habe das Gefühl, dass das der Diskurs ist, der vor allem in rechten Kreisen oft gebraucht wird, Stichwort Cancel Culture. Ich persönlich sehe das nicht. Wir haben hier ja auch gestritten, und Sie durften sagen, was Sie wollten (lacht).

I.R.: Ja, wir zwei vielleicht!

M.R.: Diese Debatte ist ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess. Und dass ich mich als Mensch, gerade auch bei neuen gesellschaftlichen Entwicklungen frage, ob ich zu einem gewissen Thema meine Meinung laut aussprechen muss oder ob diese vielleicht verletzend sein könnte, finde ich gar nicht so schlecht. Das ist doch eine zivilisatorische Er rungenschaft.

Wir wollen nicht, dass Trans-Personen zu 95 Prozent im Gleichstellungsgesetz vorkommen, 99,6 Prozent der Menschen verstehen sich als Frauen oder Männer.

Ingrid Rusterholtz, «Justitia ruft»

Die Kontrolle versagt bei den Mieten

Die Mieten steigen seit Jahren. Dabei hätten sie aufgrund der tiefen Zinsen eigentlich sinken müssen. Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz geht von zehn Milliarden Franken pro Jahr aus, die eigentlich den MieterInnen zustehen würden.

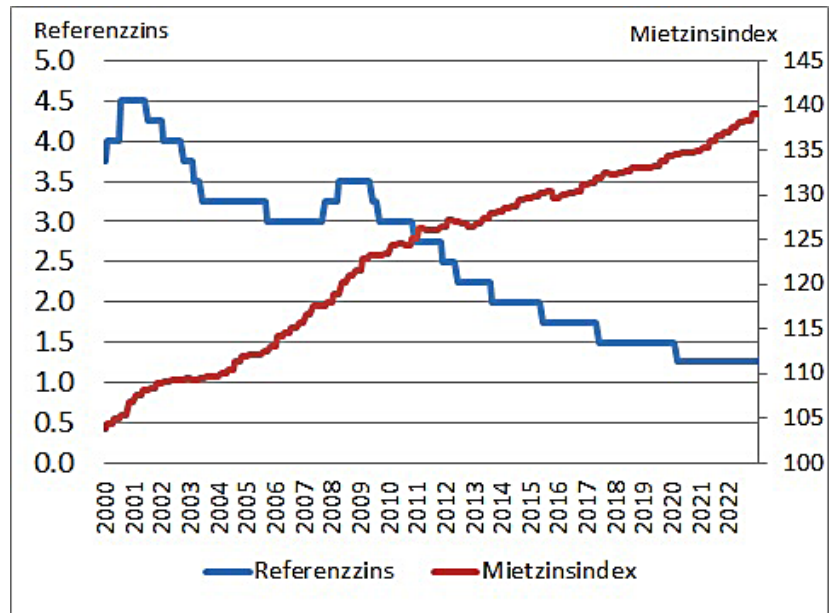
Michael Töngi*

Vor gut zwei Wochen schreckte selbst Bundesrat Guy Parmelin auf. Er sah in der Sonntagspresse sozialpolitische Spannungen auf die Schweiz zukommen, sollten Menschen mit bescheidenen Einkommen keine Wohnung mehr finden. Niemand weiss, was unseren Bundesrat aus seinem dämmrigen wohnpolitischen Zustand aufgeweckt hatte. Das Aufzucken hielt auch nicht lange an: In den darauffolgenden Tagen trudelten die Antworten des Bundesrates auf verschiedene Vorstösse ein und da war der Tenor wieder: «Wir verfolgen die Entwicklung aufmerksam» – aber tun will der Bundesrat wie in den vergangenen Jahren nichts. Offensichtlich bekommt man als Wohnminister bei der Übernahme des Amtes einen Zettel mit dem Hinweis zugeschoben: «Abwarten und Probleme an Nachfolger weiterreichen.»

Handeln wäre angesagt

Dabei wäre Handeln längst angesagt: Trotz rekordtiefer Zinsen und neun Senkungen des Referenzzinssatzes kannten die Mieten in der Schweiz nur eine Richtung: nach oben. Egal, wie stark die Hypothekarzinsen sanken, der Mietpreisindex stieg und stieg. Die Mieten hätten seit 2009 um rund 20 Prozent sinken müssen, sie sind aber um mehr als 10 Prozent angestiegen – nota bene auch stärker als die Teuerung. Diese Entwicklung führt dazu, dass Mieterhaushalte heute pro Monat rund 370 Franken zuviel Miete bezahlen. Gesamtschweizerisch macht das dann rund 10 Milliarden Franken im Jahr aus – eine ungläubliche Summe, die umverteilt wird.

Unser Schweizer Kostenmietemodell, wie es das Mietrecht vorgibt, wäre eine gute Grundlage für faire Mietzinse. Die Kosten der Vermieterinnen und Vermieter sind gedeckt und sie erhalten eine limitierte Rendite auf ihrem Kapital. So weit, so gut, oder eben: schlecht. Denn in der Praxis entwickeln sich die Mietzinse völlig quer zur Kostenmiete. Die Mietpreise der ausgeschriebenen Wohnungen sind viel höher als die Kosten, die gedeckt werden müssen, Referenzzinssatzsenkungen werden nicht weitergegeben oder Mietzinsaufschläge nach Sanierungen werden falsch, sprich: zu hoch, berechnet. Oder natürlich, immer mehr MieterInnen wird gekündigt, damit der Mietzins noch viel stärker erhöht werden kann.



Es fehlt also vor allem an der Kontrolle. Unser Mietrecht schiebt die ganze Verantwortung auf die MieterInnen ab. Sie müssen Mietzinssenkungen einfordern, sie sollen sich gegen zu hohe Mietzinssteigerungen wehren und dann abschlägige Antworten auch anfechten. Das machen auch viele, doch viele lassen es eben sein, oft weil sie keinen Streit mit der Vermieterschaft wollen. Das Beispiel der letzten Jahre hat eindrücklich gezeigt, dass diese Abwälzung der Verantwortung falsch ist. Jahr für Jahr sanken die Kosten der VermieterInnen und stiegen die Mietzinse gleichzeitig – so ordentlich die Vorgaben für die Mietzinsgestaltung sind, so wenig wurden sie angewandt. Deshalb hat der Mieterinnen- und Mieterverband an einer Medienkonferenz jetzt als Hauptforderung eine amtliche Kontrolle der Mietzinse gefordert. Ohne eine amtliche Kontrolle werden die Renditen weiter ansteigen und jenseits aller missbräuchlichen Grenzen liegen. Die Antworten des Bundesrates zeigen, dass die Schweiz zwar leidenschaftlich über ein paar Rappen Benzinpreise diskutieren kann, aber dieser gigantischen Umverteilung im Wohnbereich zuschaut.

Aushöhlung des Mietrechts geplant

Gut, zuschauen wäre noch das eine, das andere ist, wenn das nationale Parlament ausgerechnet in dieser Situation Schutzmechanismen im Mietrecht schleifen will. In der Frühlingssession wird der Nationalrat über eine erste Etappe zur Aushöhlung des Mietrechts bera-

ten, eine weitere wird folgen. Zuerst geht es um eine Vereinfachung der Kündigungsmöglichkeiten, und dann wird die Kostenmiete angegriffen. Kommen diese Vorlagen durch, werden auch jene MieterInnen, die sich heute zur Wehr setzen, kaum noch Chancen haben, ihr Recht einzufordern. Faktisch läuft es auf die Einführung der Marktmiete hinaus – was vor allem in den Städten und Agglomerationen zu weiteren massiven Mietzinssteigerungen führen würde.

In den letzten Wochen haben die MarktfreundInnen sich vermehrt zu Wort gemeldet. Aus ihrer Sicht braucht es nur ein bisschen schnellere Baubewilligungsverfahren und eine Lockerung der Raumplanung, und dann wären die Probleme gelöst. Abgesehen davon, dass raschere Baubewilligungen höchstens in einem Einmaleffekt ein paar zusätzliche Wohnungen bringen, übersehen sie, dass die Wohnungsfrage nicht dem Markt überlassen werden kann – weil Wohnen kein Marktgut ist. Zum einen müssen alle wohnen können und niemand kann sich diesem sogenannten Markt entziehen, und zum anderen sind wir alle beim Wohnen glücklicherweise nicht so flexibel wie bei einem Konsumgut. Wir sind irgendwo verwurzelt, haben die Kinder in einer Schule, kennen unsere NachbarInnen oder haben unsere Lieblingsplätze im Quartier. Wir lassen uns nicht nach einer Marktlogik vertreiben.

* Michael Töngi ist Nationalrat der Grünen und Vizepräsident des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands.

Friedlos bewegt

Eine kleine Zeitschriftenschau zum tristen Jahrestag, der alle aktuellen Medien dominiert. Drei hierzulande auch Friedensfragen beleuchtende Publikationen spiegeln die Erschütterung, sorgsames Suchen nach Orientierung, aber auch einen verqueren Versuch umfassender Beschwörung.

Hans Steiger

Neue Wege, Friedenszeitung, Zeitpunkt – für mich Lektüren seit Jahrzehnten. Bei der ersten, 1906 von sozial engagierten Theologen in Zürich gegründet, blieb mir zwar das religiöse Element fremd, aber ich nahm oft bewegt wahr, dass es in verzweifelten Lagen zu Hoffnung beitragen kann.

Religiös basierter Pazifismus

Schon das Juni-Heft der auch klar pazifistisch geprägten Zeitschrift zeigte beispielhaft, wie sich «eine verantwortliche Position» zum nahen Krieg erarbeiten liesse – trotz Differenzen ohne polemischen Streit. Die erste Ausgabe dieses Jahres geht erneut auf das Thema ein, weitet es jedoch aus. Mit zur Tragik des russischen Angriffs auf die Ukraine gehört ja, dass der brutal polarisierende Krieg notwendige globale Veränderungen blockiert: Jene umfassende Transformation, die weitere drohende Konflikte entschärfen, künftige Kriege verhindern könnte. Im hinteren Heftteil findet sich diesbezüglich die Kurzfassung einer aus Lateinamerika stammenden Denkschrift, welche gängige «Green New Deal»-Konzepte als neuen, diesmal «grünen Kolonialismus» vorführt. Nur mit Gerechtigkeit für den Globalen Süden ergäbe sich eine für alle akzeptable Basis. Ulrich Brand merkt noch einmal das Nötige zu unserem imperialen Lebensstil an.

Cornelia Hildebrandt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die auf oft verkrampte Haltungen vieler Linker gegenüber Russland verweist und ihnen mehr Offenheit für neue Bündnisse wünscht, würdigt etwa die klare Sprache der ökologischen oder sozialen Enzykliken und aktuellen Stellungnahmen des derzeitigen Papstes. (Dieser wird notabene auch in der Februar-Ausgabe des «Le Monde diplomatique» ausführlich und ohne Ironie als «der heilige Pazifist» gewürdigt. Einer der wenigen Hoffnungsschimmer im dortigen Ukraine-Dossier.) Eindrücklich ist die mit «Déjà-vu» überschriebene Rückblende zu früheren Betrachtungen über Friedensarbeit in schwieriger Zeit. Leonhard Ragaz, der die «Neuen Wege» über zwei Weltkriege hinweg prägte und dabei mit harten Anfeindungen sowie Zensur zu kämpfen hatte, schrieb schon 1915: «Wir müssen einsehen, dass der Weltbrand eine Folge unserer ganzen Kultur,

nicht nur unseres politischen und wirtschaftlichen Systems ist.»

Friedensrat aus dem Gartenhof

Das alte Haus der Familie Ragaz an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich ist auch Domizil des 1945 gegründeten Schweizerischen Friedensrates (SFR). Der gibt die «Friedenszeitung» heraus. Hier waren die Verurteilung des Angriffs und das Mittragen der von europäischen Gremien eingeleiteten Sanktionen gegen Russland von Beginn an klar. Nicht zuletzt dank fundierter Analysen von Andreas Zumach, der als unabhängiger Journalist auch UNO-Aktivitäten und internationale Konflikte im Blick hat, blieb die schweizerische Sicht immer in globale Zusammenhänge eingebettet, war nie billig neutral. Bei der grundsätzlichen Überprüfung friedenspolitischer Perspektiven, die SFR-Präsident Ruedi Tobler zum 75-Jahr-Jubiläum anregte, sollte von einem in Deutschland entwickelten Alternativkonzept ausgegangen werden: «Sicherheit neu denken» ist dessen Titel und «von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik» die vor dem 24. Februar 2022 skizzierte Richtung. Dies ist nun eine noch grössere Herausforderung. Zu deren Bewältigung sind auch alle ernsthaft Interessierten aus einem weiteren Umfeld eingeladen.

In allen Ausgaben des vergangenen Jahres habe der russische Vernichtungskrieg gegen die Ukraine dominiert, stellt Friedenszeitungs-Redaktor Peter Weishaupt im SFR-Jahresbericht fest. Die zynisch proklamierte «militärische Spezialoperation», welche alle Völkerrechtsabkommen missachtet und mit der Androhung eines Atomwaffeneinsatzes verbunden ist, hinterlasse «als Kollateralschaden auch noch eine Friedensarbeit in den europäischen Ländern, die wohl auf Jahre hinaus beschädigt sein dürfte». Konfusionen durch ein russlandfreundlich gegen Sanktionen gerichtetes Transparent beim letzten Ostermarsch waren ein Indiz dafür, dass die kommunistische, noch zur Stalin-Zeit initiierte «Schweizerische Friedensbewegung» mit Sitz in Basel weiterhin verwirrend wirkt.



Eine eher verquere Beschwörung

Kaum direkt mit dieser verbunden ist der «Zeitpunkt». Die seit 1992 von Christoph Pfluger in Solothurn verlegte Zweimonatsschrift ist schwer einzuordnen. Sie setzte oft neue Akzente, war früh globalisierungskritisch, offen für ökosoziale Experimente aller Art. Dies engagiert, doch für mein Gefühl stets etwas unseriös allen nonkonformen Trends folgend. Skrupellos erwog Pfluger bei seinem Corona-Protest ein enges Zusammengehen mit der SVP, um mit dieser unsere «Freiheit» zu wahren. Und jetzt also die Neutralität. Die seit einiger Zeit stolz in Buchform erscheinende Publikation will nun Organ «für friedliche Umwälzung» sein. In der 171. Ausgabe war sie zum Jahreswechsel «unterwegs zum Ersten Weltfrieden». Sie weiss auch, «womit er beginnt und wohin er führt». Das klingt fürchterlich sicher, ist schon vom Ton her schwer zu ertragen. «Baerbock und Habeck: Auftragskiller des deutschen Mittelstandes?» Ein leider typischer Titel. Vieles von dem, was der Herausgeber im Lauf der Jahre aufgriff, verschmilzt zur verschwörerischen Theorie. Beschwörend wird auf der Website zu einer kraftvollen Kundgebung in Bern aufgerufen, ein Link führt zum Bericht über «die erste grössere Mahnwache für den Frieden» vor dem Bundeshaus. Signet mit wehender Schweizerfahne. Legende zum ersten Bild: «Leute beginnen sich zu versammeln, im Bild einige Freiheitstrychler»...

Neue Wege. Religion. Sozialismus. Kritik. Nr. 1/2 2023: **Jenseits von Babel**. Zürich, 48 Seiten, Einzelheft: 10 Franken. www.neuewege.ch

Friedenszeitung. Erscheint vierteljährlich. Jahresabo 50 Franken. Probenummern und weitere Informationen: www.friedensrat.ch

Zeitpunkt 171: **Unterwegs zum Ersten Weltfrieden**. Solothurn 2022/2023, 130 Seiten, 15 Franken. www.zeitpunkt.ch

Ein langes Jahr naher Krieg

Viel zu lang schon dauert dieser furchtbare Krieg, der wegen seiner geografischen Nähe auch unsere politische Kultur prägt und vergiftet. Militärisches dominiert, teils dubiose Friedensparolen verwirren. Ernsthaftes pazifistisches Bestreben tut Not.

Hans Steiger

Kann ich meinen Pazifismus angesichts dieses massenmörderischen Angriffskriegs allen Ernstes aufrechterhalten?» Kurz vor Schluss seines gut hundertseitigen Versuchs, einen «Pazifismus aus pragmatischer Sicht» zu begründen, fragt sich dies Olaf L. Müller noch einmal, und die Antwort bleibt ein Ringen. Ich hatte im November in der Buchbeilage auf das erst angekündigte Reclam-Bändchen hingewiesen, dessen Thema sich der Philosoph «bereits seit Jahren» vorgenommen hatte. Immer wieder sei er zurückgeschreckt. «Jetzt muss es sein.» Gerade weil sich rundum fast alle mit zunehmend höhnischeren Tönen gegen eine vorab dem Frieden verpflichtete Haltung stellen.

Sich nicht zu sicher sein

Inzwischen habe ich seine Verteidigungsschrift mit Interesse gelesen, vieles angemerkt, doch es fällt schwer, hier verkürzt das Fazit wiederzugeben. Wertvoll war die Konfrontation mit den zuweilen provozierenden Gedankengängen. Ja, vielleicht ist das Wichtigste, dass hier einer seine Einschätzung nicht als letzte Weisheit vertritt. Bei den Schlussfolgerungen sei er weder mit sich noch mit der Welt im Reinen und «alles andere als sicher, dass ich es insgesamt richtiger sehe». Aber es bringe ihn «einigermassen aus der Fassung, wenn ich mir tagtäglich anhören muss, mit welcher Selbstsicherheit sowohl Befürworter als auch Gegner der Waffenlieferungen ihre Thesen lancieren». Von der Sache her zählt er zu den Letzteren. Trotz gebotener Solidarität mit der Ukraine wären «massive Waffenlieferungen» zu gefährlich. Besser seien weit stärkere Sanktionen gegen den Aggressor sowie eine massive Absicherung der Nato-Grenzen.

Dort eine «waffenstarrende Grenze» befürworten, «obwohl ich Pazifist bin», zugleich dafür plädieren, «die Ukraine militärisch im Stich zu lassen»? Die pragmatische Argumentation macht das nachvollziehbar, doch der Positionsbezug befreit nicht von einer Mitschuld für Folgen. Kaskaden von strittigen Wenn-dann-Sätzen steigern die Verwirrung. «Krieg ist Chaos.» Seine katastrophalen Dynamiken mit ihren auch

emotionalen Kippunkten sind nie zu berechnen, nicht einmal in der Rückblende. «Hätte die Nato keine Bomben auf Ziele im Kosovo und in Serbien abgeworfen, dann wären mehr Kosovo-Albaner und Serben getötet, verletzt oder vertrieben worden.»

Richtig oder falsch? Mit den Massenvernichtungswaffen werden Planspiele grausam absurd.

Müllers philosophische Überlegungen, die von ihm gegen reine Gesinnungsethik gestellte Verantwortungsethik können irritieren. Das gilt schon für sein persönliches Bekenntnis im Vorwort, er «habe keine moralische Allergie gegen Schusswaffen». Auch nicht körperlicher Stress sei bei ihm nach den ersten soldatischen Erfahrungen der Grund gewesen, weitere Wehrdienste zu verweigern. «Demoralisierend» war «das Tragen einer Uniform». Sie bringe die eigene Individualität zum Verschwinden. «Wenn ein Krieg ansteht, soll überhaupt kein Betroffener ganz und gar als Mensch betrachtet werden, und das ist nicht gut.» Mit dieser Erkenntnis wurde er zum «Parteiläufer des Pazifismus», ohne Gewalt als Mittel im Kampf gegen das Böse absolut abzulehnen. Tyrannenmord etwa sei «erwägenswert». Doch «der pazifistische Optimismus, um den es mir zu tun ist», laufe auf die Behauptung hinaus, Menschen seien zu einem friedlichen Zusammenleben fähig, ohne dass sie mit vorgehaltener Pistole dazu gezwungen werden müssen.

Denkanstöße von Russell...

Vorbildlich waren für den Autor vor allem Albert Einstein und Bertrand Russell, die «mit beeindruckender Konsequenz» zeigten, dass es zwar klare Grundhaltungen braucht, aber Ausnahmen denkbar sind.

Beide blieben zur Zeit des Ersten Weltkriegs erklärte Pazifisten, sprachen sich jedoch für den alliierten Krieg gegen Hitler-Deutschland aus. Dies in einer «dramatischen histo-



rischen Situation, in der das Überleben der Menschlichkeit auf der Kippe stand». Sahen sie das als Widerlegung pazifistischen Gedankenguts? Keineswegs. Sie präzisierten es, «ergriffen wieder und wieder das Wort gegen Korekrieg, Hochrüstung, Atomkriegsgefahr. Als Einstein längst gestorben war, protestierte der steinalte Russell noch gegen den Vietnamkrieg.» Er habe weiterhin Liebe gegen Hass gestellt, sich den Glauben an das Gute im Menschen bewahrt. Nun müsste «der politische Pazifist» eben versuchen, neue Institutionen zu schaffen, «die ihr Äusserstes tun sollten, um Kriege unwahrscheinlich zu machen», hielt Russell in einem Text zur «Zukunft des Pazifismus» fest, der im März neu übersetzt bei Reclam erscheint – herausgegeben von Olaf Müller.

... oder Bertha von Suttner

Sicher nicht ohne Symbolik auf den 1. Mai angekündigt hat ein anderer Verlag seine Neuedition von «Die Waffen nieder!» Bertha von Suttners erstmals 1889 publizierter Roman wurde zum Bestseller und ermutigte Anti-Kriegs-Kräfte international. 1905 erhielt die österreichische Pazifistin als erste Frau den Friedensnobelpreis. Sie starb wenige Wochen vor Beginn eines Weltkrieges, vor dem sie gewarnt, gegen den sie gekämpft hatte, an Krebs. Für den Herbst 1914 war in Wien ein nächster Weltfriedenskongress vorgesehen.

Eva Quistorp, eine Mitgründerin der deutschen Grünen und der Frauen für den Frieden, versieht im Vorwort zwar «Die Waffen nieder» mit einem zusätzlichen Fragezeichen, aber das Ausrufezeichen des Originaltitels behält für sie Priorität. Sie räumt ein, «die Ukraine braucht Waffenlieferungen, damit sie sich verteidigen kann», doch dieses Buch jetzt zu lesen, sei eine Chance, über Geschich-

«Krieg ist Chaos.» Seine katastrophalen Dynamiken mit ihren auch emotionalen Kippunkten sind nie zu berechnen.

te nachzudenken: «Wissen wir heute besser, wie Kriege rechtzeitig zu verhindern sind?» Die mit Jahrgang 1945 von der Kindheit in Ruinen geprägte und Jahrzehnte in der Friedensbewegung aktive Politikerin verweist trotz einer ernüchternden Bilanz auf eine Vielzahl von Ansätzen und Erfolgen. In auffallend oft von Frauen geknüpften und weltweit agierenden Friedensnetzwerken wären für die heutigen Generationen nähere Vorbilder zum praktischen pazifistischen Wirken zu finden, doch das Buch einer Adelligen «gegen Kriegstreiberei, Chauvinismus, falsche Männerehre und unemanzipiertes Frauenleben» bleibe als Warnung aktuell. Rundum waren oder sind ja viele Leitfiguren wie Trump, Erdogan, Bolsonaro, Putin und andere Egomane an der Macht, «die alte Machobilder wieder hoffähig und modisch machen». Suttners aus einer Elitensicht mit Empörung verfasste Kampfschrift gegen Militarismus, «eingepackt in Liebes- und Gesellschaftsgeschichten der damaligen Zeit», könnte als Vergleichsmöglichkeit dienen. Wer möchte dorthin zurück?

Auf der Basis vereinter Nationen

Hilfreich für die Suche nach friedlichen Wegen aus der verfahren wirkenden Gegenwart ist das Buch von Hanne-Margret Birckenbach. Beim ersten Blättern mag es etwas langweilig erscheinen: Keine steilen Thesen, anstelle spektakulärer Bilder kühl erklärende Grafiken, auf dem Cover über einem Peace-Zeichen das nüchterne Credo: «Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen.» Ist das angesichts der Defensive friedenspolitischer Kräfte sowie des zerstörerischen Krieges gegen die Ukraine zynisch? Das aktuelle Geschehen kann und darf kein Argument gegen die global notwendige Friedenslogik sein.

Die dafür wichtigste Basis bleiben die nach dem letzten Weltkriegs-Desaster geschaffenen Vereinten Nationen. Sie sind der «Streitraum», wo grosse internationale Konflikte öffentlich ausgetragen, aber auch vertrauliche Gespräche geführt werden können. «Nirgends sonst spiegeln sich die Erweiterungen der Friedensvorstellungen» deutlicher als in Dokumenten der UNO, ihren Institutionen und Unterorganisationen. Exemplarisch scheint der Autorin die «Agenda 2030», die explizit festhält: «Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.» Das räume zwar vorhandene Widersprüche nicht aus, aber die im Konsens formulierten Ziele sind umfassender und auch konkreter als sich die 1945 beim Formulieren der ersten Charta oder später der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beteiligten Delegierten das je hätten vorstellen können.



Mit zivilgesellschaftlicher Kraft

Längst sind zudem rund um den Globus zivilgesellschaftliche Kräfte am Werk, die sich auf solche Abkommen berufen. Und da berichtet die Autorin dann als Politologin und Beraterin mehr und mehr aus eigener Anschauung, etwa über sogenannte präventive Diplomatie bei Staatsbürgerschaftskonflikten in Estland und Lettland, die in den frühen 1990er-Jahren zu eskalieren drohten. Von internationalen Organisationen wurde dort mit dem Haupt-

ziel der besseren Integration russischsprachiger Minderheiten relativ erfolgreich vor Ort vermittelt. Auch wenn die einzelnen Projekte «eher Sandkörner als Bausteine des Friedens» gewesen seien, waren sie als «Prozess-treiber» relevant. Noch mehr packen und berühren natürlich die Darlegungen zu einem Beispiel für «moderierte Nebengleis-Dialoge», wo es direkt um die Ukraine geht. Knapp skizziert die

mit den Verhältnissen gut vertraute Professorin für Europastudien dortige Entwicklungen und Verwicklungen. Auch die Grosse Hungersnot von 1932/33 ist als «eines der umstrittensten, traumatischen Ereignisse in der ukrainisch-sowjetischen Geschichte» vermerkt. Über mehrere Jahre hinweg, gar noch im aktuellen Krieg, habe ein Zusammenschluss von Fraueninitiativen in der Ostukraine vermittelnd gewirkt. Eine begleitende Forschungsgruppe fasste Ergebnisse der Aktionen vor Ort in Berichten zusammen, die auch für spätere offizielle Verhandlungen von Bedeutung sein könnten. «Wo immer zukünftige Grenzen zwischen der Ukraine und Russland gezogen werden, müssen Lösungen für die von den Frauen aufgeworfenen Fragen gefunden werden.» Ohne dass das anklagend oder sogar auftrumpfend hervorgehoben würde, drängt sich beim Lesen dieser Passagen der Schluss auf, dass hier die Chance zur Deeskalation verspielt wurde. Vielleicht wegen fehlendem, vielleicht wegen anders gerichtetem Interesse. Jedenfalls mit tragischen Folgen.

Birckenbach will mit ihrem für die Bildungsarbeit gedachten Buch das öffentliche Interesse für solch komplexe Prozesse wecken, Wissen «über die Möglichkeiten wie auch über die Schwierigkeiten von Friedensentwicklungen» vermitteln. Denn wenn auch die vermeintlich machtlosen Menschen darüber zu sprechen beginnen, erfahren, dass das Thema nicht nur sie allein bewegt, und wenn sie zudem Mittel friedlicher Konfliktbearbeitung kennen lernen, «nimmt ihre Bereitschaft, Krieg als vermeintlich letztes Mittel zu unterstützen, signifikant ab». Das habe sich immer wieder gezeigt.

Nun wäre Friedenskunst gefragt

Derzeit dominieren Kriegsstrategen, beamtete, anerkannte, selbsternannte. Viele laute Besserwisser und ein paar Besserwisserinnen beleben den medialen Streit. Gefragt wären jedoch «Friedenskünstler». Ein helles Wort in düsterem Umfeld. Begegnet bin ich ihm in der Todesanzeige für Ueli Wildberger, der sich nach dem Theologiestudium zum Einsatz für gewaltlose Methoden der Konfliktbewältigung entschied, dem Schweizer Zweig eines im Ersten Weltkrieg initiierten Internationalen Versöhnungsbundes vorstand, weltweit in Peace-Brigaden mitwirkte und im Bemühen um eine menschlichere Flüchtlingspolitik notabene auch das Solinetz Zürich knüpfen half.

Vor gut zwei Jahrzehnten hielt Heinrich Frei, den viele wohl als Verfasser unzähliger Leserbriefe gegen Rüstungswahnsinn kennen, in einer kleinen Broschüre ein Gespräch mit Wildberger fest, das von der Nato-Intervention im Kosovo ausging und teils mit heute vergleichbare Fragestellungen enthielt. Auch dort waren die Anzeichen der Eskalation von Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen deutlich, gab es Vermittlungsversuche, wurden Warnungen nicht ernst genommen. Reagiert wird erst, wenn «Blut geflossen ist», Hass und tief wurzelnde Ängste neue Nahrung finden. «Sich auch in die Haut der Serben versetzen» ... Wer vermochte das damals noch? Und dauerhaft befriedet scheint nach wie vor nichts. Auch im Rückblick beeindruckt die differenzierte Sicht des praktischen Pazifisten. Von ihm wird am kommenden Montag ab 14 Uhr in der reformierten Kirche von Zürich-Witikon öffentlich Abschied genommen.

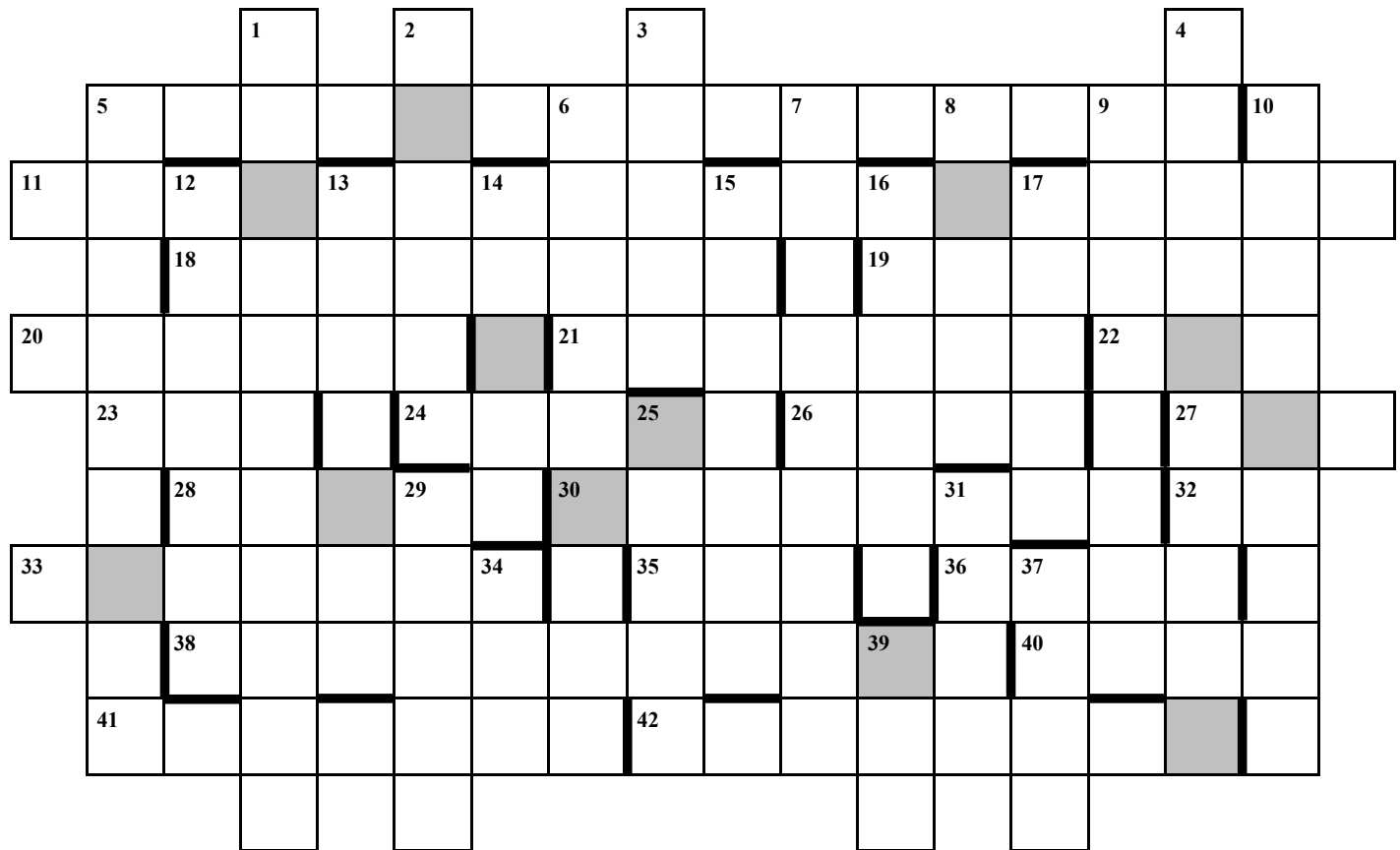
Olaf L. Müller: **Pazifismus**. Eine Verteidigung. Reclam, Ditzingen 2022, 116 Seiten, 9.50 Franken.

Bertrand Russell: **Die Zukunft des Pazifismus**. Neuübersetzung: Valerie Gröhler. Hrsg. von Olaf Müller. Reclam 2023, 96 Seiten, 9.50 Franken.

Bertha von Suttner: **Die Waffen nieder!** Neuauflage. Mit einem Vorwort von Eva Quistorp. Hirnkost, Berlin 2023, 604 Seiten als Hardcover-Edition, Subskription bis 28. Februar für 25 Euro. Auch als E-Book erhältlich.

Hanne-Margret Birckenbach: **Friedenslogik verstehen**. Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen. Wochenschau Verlag, Frankfurt am Main 2023, 239 Seiten, 31.50 Franken.

Welche Industrieprodukte taugen beinahe zum Hollywood-Blockbuster?



--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort (markierte Felder von oben links nach unten rechts, generell gilt I = J = Y): **Ist sie nun Friedensprojekt, oder nur Feigenblatt für Opportunismus?**

Waagrecht:

5. Die Schweizer Industrieprodukte taugen beinahe zum Hollywood-Blockbuster. **11.** Zu welchen Maler*innen vielleicht auch ihre Pinsel zählen. **18.** Zur Vogelperspektive ist selbige nicht befähigt. **19.** Dieser mundet nicht nur ihm als Frühstücksbeilage. **20.** Ist ganztags emsig unterwegs, was ihre ältere Bezeichnung auch zum Ausdruck bringt. **21.** Ein Kraftort für die AXPO, falls nicht Ausgeburt einer Untat von Frankenstein's Erben. **22.** Solches Argument: wird von Wutbürger*in eher selten vertreten. **23.** Kurz für eher längere Zeiteinheiten. **24.** Wie der Name sagt: Halb Hörnchen, halb Ratte, stets auf hektischer Suche... **26.** ... nach seinem Wintervorrat, der letztlich auch eine solche ist. **27.** Das Akronym ergibt den Namen dieser Ausserirdischen Le-

bens-Form. **28.** Ist in England meist ebenso kein Handwerker, wie unser Herr Müller kein Lebensmitteltechniker. **30.** Hat serienweise ziemlich ausgeflippt. **32.** Kurz der Verein, der alljährlich Weltklasse nach Z bringt. **33.** Die lassen sich nicht mit schönen Worten abspeisen. **35.** Der Doktor Hip-Hop sozusagen. **36.** Es sei – so Wikipedia – das bekannteste Wort der Welt. **38.** Erfahrung sei der beste – so Thomas Carlyle – aber das Schulgeld sei mitunter hoch. **40.** Sie schwimmt sozusagen im Silsersee. **41.** Hans Huckebeins Verhängnis: Jetzt aber naht sich das ..., denn dies Getränk, es ist Likör. **42.** Wie die alte Welt besonders alt daherkommt.

Den Talon zur Einsendung des Lösungswortes finden Sie auf Seite 8. Einsendeschluss ist am Dienstag, 7. März um Mitternacht.

Senkrecht:

1. Ist sozusagen die Kehrseite der baselstädtischen Wirtschaftskraft. **2.** Sind nicht das, wonach Zollfahnder*in sucht. **3.** So viel zu viel ist meist besser, als viel zu so. **4.** Als was selbstbewusster Hansdampf in allen Gassen sich bezeichnen könnte. **5.** Vielleicht auch der, den Fiffi täglich anpinkelt. **6.** So ist Anarchismus, wenn es ihm an Gemein Sinn mangelt. **7.** Bleibt arbeitslos bei See- oder Waldbestattung. **8.** Wohl mindestens 300 Silberlinge würde er heutzutage einfordern. **9.** Solcher Lappen: mit besorgt dafür, dass uns hören und sehen nicht vergeht. **10.** Sich rumtreiben nach Art von ebensolchen. **12.** Ohne selbiges ist auch keine Lösung. **13.** Irgendwie paradox: Town macht die Stadt in Suffolk zu ihrem Fussballclub. **14.** Kurze Regielegende, so etwa wie Al ohne

den Fred. **15.** Für Mineralwasser das, was Knirps für faltbare Regenschirme. **16.** Was unser einem Quintessenz lässt Engländer*in weitermachen. **17.** Salopp gesagt, alles andere als tierisch gut drauf. **25.** Lang ist's her, als Video noch ohne auskommen musste. **29.** Wie viele Generationen es brauche – so das englische Sprichwort – um einen Gentleman zu formen. **31.** Von welchem Mrs. Joplin einen Mercedes geschenkt haben wollte. **34.** Der Dauerläufer von Down Under wär jenseits der Sahne tief bewegt. **37.** Goethe schrieb mit einem; Noah baute sein Werk darauf auf. **39.** Macht hierzulande Genoss*innen auch auf dem Lande populär.

Fifty-fifty



Fluch und Segen der Digitalisierung verpacken Will Merrick und Nick Johnson in ihrem Regiedebut «Missing».

June (Storm Reid) ist ein gewöhnlicher, moderner Teenager. Gefühlt geschlagen von der sie überbehütenden Mutter Grace (Nia Long). Endlich hat diese mit Kevin (Ken Leung) einen neuen Mann kennengelernt, mit dem sie übers Wochenende nach Mexiko fliegen und Spass haben, sich entspannen kann. Als die obligaten Kontrollnachrichten weniger werden und zuletzt gänzlich ausfallen, freut sich June noch. Doch als sie in der Ankunftshalle des Flughafens alleine stehen bleibt und vonseiten Zoll, Fluggesellschaft und Polizei keine zufriedenstellende Erklärung für das Verschwinden ihrer Mutter zu erhalten ist, wird sie nervös. June macht sich ihre Kenntnisse im Digitalen zunutze und sucht. Optisch findet ein geraumer Teil des Films «Missing» auf den Benutzeroberflächen von Laptop und Handy statt, was ihn formal nicht eben berauschend macht. Die Fertigkeit und Cleverness von June im Umgang mit dem Knacken von Passwörtern, dem Umgehen von Sperren und ihrem freihändigen Kombinieren unter Ausnutzung auch der Gig-Ökonomie ist nur die eine Seite der Medaille, die zeigt, wozu eine private Userin allein in der Lage ist. Auf der Kehrseite erzählt «Missing» auch viel darüber, wie bedenkenlos gerade die ältere Generation ihre Leben vollends frei einsehbar online stellt, wie nachgerade fahrlässig sie mit Passwörtern und (nicht getroffenen) Sicherheitsvorkehrungen umgeht. Weil der Polizei die Hände gebunden sind, engagiert June in Mexiko den Putzdienstleister Javi (Joaquim de Almeida), den sie gegen sein übliches Entgelt für Erkundungsfahrten vor Ort überredet. Ihre Freundin Veena (Megan Suri) ahmt für sie bei anderer Gelegenheit am Telefon eine Männerstimme nach. Auf den weiteren Verlauf dieser fiebrigen Suche einzugehen, wäre unfair. Aber vielleicht so viel. Der Film ist auch ein Erziehungsratschlag, geheim gehaltene, aber latent anhaltende Bedrohungen auch die Kinder wissen zu lassen. froh.

«Missing» spielt in den Kinos Abaton, Arena, Capitol.

Plädoyer



Ari Folman schickt die von Anne Frank imaginierte Freundin Kitty auf die Suche nach dem Kern des Tagebuches.

Anne Frank-Bücke, Anne Frank-Schulhaus, Anne Frank-Museum, Anne Frank-Statue... Als sich die heute aus den Buchstaben des Originals im Anne Frank-Haus materialisierende Kitty auf den Strassen Amsterdams auf die Suche nach dem Verbleib ihrer Freundin macht, begegnet ihr ausser einer kommerziell ausgebeuteten Marke sehr viel Unwissen, Schulterzucken und vor allem Ignoranz. In neunzig Minuten Animationsfilm schält sie – zugegeben etwas didaktisch, aber dramatisch sehr effektiv – den Kern der kindlichen Weltvorstellung ihrer sich über Jahre im Dachboden versteckenden Freundin heraus. Und stellt dabei, ohne den Holocaust zu relativieren, die mangelnde Bereitschaft der Zivilgesellschaft, totalitären Tendenzen entschieden entgegenzutreten, erstens fest und diesen Umstand zweitens in seiner sogenannten Gesetzmässigkeit infrage. Kitty holt weit aus, wenn sie aufzählt, welche Minderheiten immer schon mit dem Duktus der Schuld an allem beladen worden waren – und werden –, was selbsternannten oder gewählten Machthabern einzig dazu dient, die Masse und ihre Stimmung auf Kurs halten und davon abhalten zu können, sich selbstständig Gedanken über Recht und Unrecht hinzugeben. «Where is Anne Frank» ist ein flammendes Plädoyer dafür, zurückliegende Untaten – wie die Gräueltaten an den Zigeunern in Europa, den Armeniern in der Türkei, den Namibiern in Afrika, den Apachen in Mexiko... – nicht als abstrakte, in sich abgeschlossene, ergo überwundene Demonstration einer leider menschlichen Bereitschaft, um des vermeintlicher einfachen Weges Willen den Kopf einzuziehen und sich möglicherweise sogar selbst den Mund zu verbieten, anzusehen und als erledigt, weil ja zurückliegend, abzukanzeln, sondern zu jeder Zeit beherzt und energisch gegen Unrecht, Unterdrückung und Ausgrenzung aufzubegehren. Unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Glauben und auch davon, wie bequem es zu sein scheint. froh.

«Where ist Anne Frank» spielt in den Kinos Abaton, Houdini.

Uniformiert



Erbarmungslos stellt Todd Field in «Tár» bloss, wie der Marsch durch die Institutionen den Kampfgeist abnützt.

Lydia Tár (Cate Blanchett) hats geschafft. Die Aufzählung ihrer Meriten als erster weiblicher Dirigentin und Komponistin nehmen schier kein Ende, bevor die sogenannten Expertenfragen letztlich doch wieder die Abkürzung nehmen: «Sie als Frau...» Noch scheint die unterkühlte Karrierefrau Witz an den Tag legen zu können, doch dies ändert sich im ausgedehnten fiktiven Portrait von Todd Field rasch. Denn Lydia Tár agiert, vom Kämpfen um Anerkennung für ihr Können perfid, aber nachhaltig ihrer Kanten beraubt, wie jedes ihr verhasste Alphatierchen. Sie wurde uniformiert. Während einer Meisterklasse kanzelt sie eine zeitgenössisch achtungssensible Person mit einer ungeheuerlichen Stringenz ab. So geht zielgenaue Zerstörung. Einer Hoffnung, einer Karriere, einer Person. Todd Field wiederholt während des weiteren Filmverlaufs denselben Effekt in Nuancen. Gegenüber ihrer Lebenspartnerin und ersten Geige im Orchester Sharon Godnow (Nina Hoss) oder der ihr nachgerade hörigen Assistentin Francesca Lentini (Noémie Merlant) wird ihr Verhalten zur Zermürbung. Irgendwann kreuzen sich zwei Geschichten von jungen weiblichen Cello-Hoffnungen: Eine von ihr Fallengelassene springt vom Hochhaus, einer aus Russland geflüchteten verleiht sie soeben Flügel. Indem sie ihre Macht ausnützt. Aber anscheinend nur so weit, als es ihr nicht als Missbrauch vorgehalten werden kann. Todd Field spielt Schach. Mit seiner Figur, die sich durchgesetzt hat und zu glauben scheint, noch dieselbe zu sein wie als juvenile Kämpferin. Und mit dem Publikum, das sich so gerne mit der Hauptfigur identifizieren möchte, indem er es emotional immer weiter in die Distanzierung treibt. Ob es überhaupt möglich wäre, an Társ Stelle innerhalb eines unbarmherzigen Leistungssystems Mensch zu bleiben, ist allein dank des Hoffnungsreflexes noch nicht entschieden. Aber existenziell infrage gestellt. froh.

«Tár» spielt in den Kinos Capitol, Le Paris, Piccadilly, RiffRaff.

Wo und wie auch Russen aufs Kriegsende warten

Samstag, 25. Februar

8.30 SWR: «**Arm an der Uni.**» Christine Werner führt vor, was Geldnot für Studierende bedeutet. Immerhin sei davon in Deutschland fast jede und jeder Dritte betroffen.



11.00 DLF: «**Zeitzeugen im Gespräch.**» Heute die Historikerin und Publizistin Irina Scherbakowa. Sie war ein Gründungsmitglied der Menschenrechtsorganisation Memorial, die 2022 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet und vom Putin-Regime inzwischen verboten wurde. Nach dem Angriff auf die Ukraine hat sie Russland verlassen und lebt heute in Deutschland.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Friedhelm Brebeck, Journalist. «Der alte Mann und der Krieg» – er berichtete von 1992 bis 1995 als ARD-Korrespondent aus Sarajevo, das als belagerte Stadt während des Bosnienkrieges systematisch ausgehungert und beschossen wurde. Er zog sich auf seine alten Tage ins beschauliche Ahrtal zurück, wo ihn im Sommer 2021 die Flut selbst zum obdachlosen Opfer einer Katastrophe machte.

19.00 SWR: «**Hundstage.**» Der erste Teil eines Hörspiels nach dem gleichnamigen Roman von Alicia Giménez-Bartlett.

20.00 SRF 2: «**Der Termin.**» Hörstück von Katharina Volckmer. Angekündigt wird es so: «Kommt eine Frau zum Arzt. Vielstimmiger Monolog einer Deutschen mit Hitlerkomplex auf dem Stuhl eines jüdischen Chirurgen: direkt, grotesk, nicht jugendfrei.» Wer eine peinliche Geschmacklosigkeit befürchtet, sei vorsichtig darauf hingewiesen, dass dieser Produktion der ARD-Hörspielpreis 2022 zugesprochen wurde. Parallel kommt beim DLF im «Studio LCB» wieder einmal Lyrik zum Zug. Gast ist Dirk von Petersdorff. Er wird sich in den Räumen des Literarischen Colloquiums Berlin im Gespräch mit Maïke Albath, Juliane Liebert und Hanns Zischler als Herausgeber einer solchen unter anderem dieser Frage stellen: «Wer, um alles in der Welt, liest noch Gedichtsammlungen?»

21.00 SRF 2: «**Musik unserer Zeit.**» Alfons Karl Zwicker, Komponist, Pianist, Maler, Veranstalter, Diktaturenforscher ... Wiederholung.

22.00 DLF: «**Mekomot.**» Ausschnitte aus Kompositionen von Bnaya Halperin-Kaddari, Eres Holz, Amit Gilutz, Amir Shpilman und Sarah Nemtsov. Präsentiert im Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur die Jazztime: «American Classic.» Dem Tenorsaxofonisten Dexter Gordon zum 100. Geburtstag. Und nach 23 Uhr folgt hier die Erstausstrahlung von «Social Engineering.» Hörstück von Jan Jelinek. Gelegentlich lohnt ein Blick in den Spam-Ordner des Mail-Programms, denn unfreiwillige Komik versteckt sich hinter manch einem Phishing-Versuch: Sei es durch einen eigenwillig-virtuosen Umgang mit Sprache, durch die verblüffend offene kriminelle Energie oder durch den Variationsreichtum der immer gleichen Botschaft: «Gib mir deine Daten!»

23.00 DLF: «**Hexen, Huren, alte Weiber.**» Stefan Zednik gestaltet eine Lange Nacht über Alt-Rollen in der Opern- und Konzertliteratur.

Sonntag, 26. Februar

8.30 SWR: «**Weltmeisterin der Evolution.**» Science Talk mit der Zecken-Expertin Ute Mackenstedt. Parallel dazu bei SRF 2: «Der behinderte Gott.» Was wäre, wenn Jesus das Down-Syndrom gehabt hätte? Dorothee Adria zu einer Theologie der Behinderung.

9.30 DLF: «**55 Stimmen für die Demokratie.**» Vorträge von Christoph Möllers, Michael Zürn und Christine Landfried – zu hören als fünfte Folge eines Projekts, in dem es auch darum geht, wie wir Zweifeln und Skeptikerinnen in der Demokratie begegnen.

12.00 SWR: «**Auf der Flucht vor dem Diktator.**» Wolf-Dieter Vogel über nicaraguanische Oppositionelle im Exil in Costa Rica. Folter, Mord und lange Haftstrafen: Daniel Ortega geht heute skrupellos gegen die ihm nicht Genehmen vor. Nicht wenige, die vor dem Ex-Guerillero fliehen müssen, hatten mit ihm gegen den Diktator Somoza gekämpft.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Heute mit der Autorin Bettina Spoerri.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Vitali Alekseenok, Dirigent. Die belarussische Opposition ist zerschlagen, doch der Kampf geht weiter: Alekseenok glaubt auch im Exil an eine bessere Zukunft seiner Heimat Belarus. Er organisiert Konzerte für den Widerstand – auch in der Ukraine.

14.00 SWR: «**Leiser Regen auf der Autobahn.**» Feature von Lio-

nel Quantin. Warum sind die Autobahnen so voll? Wer sitzt in den Autos und warum? «Alles, was Radio kann», sei in dieser Produktion zu hören, Originaltöne, Atmos, Musiken – «aber irgendwie schräg und wie von unten.» Die skizzenhafte Abbildung einer melancholischen Welt.

15.00 SRF 2: «**Bern, Berlin, Osi-je-k.**» Ukrainische MusikerInnen in der Diaspora. Passage von Theodora Mavropoulos. «Knapp acht Millionen Menschen flüchteten aus der Ukraine. Unter ihnen auch zahlreiche Musikerinnen und Musiker. Vor acht Monaten haben wir drei von ihnen getroffen – und jetzt mit ihnen darüber gesprochen, wie sich ihr Leben in der Diaspora entwickelt hat.» Wiederholung vom Freitagabend.

16.30 DLF: «**Gedehnte Wirklichkeit.**» Einmal in Zeitlupe leben! Sophie Stigler und Lennart Pyritz in Forschung aktuell.

18.20 SWR: «**Ein Abend im Club.**» Hörspiel nach dem Roman von Christian Gailly. Ahnte er, dass er seinen letzten Zug nach Paris verpasste, um eine letzte Chance im Leben nicht zu verpassen?

20.00 DLF: «**Ich hab' Rücken.**» Über Rücksichtslosigkeit, Rückenschmerzen und Rückhalt. Feature von Wort & Klang Kollektiv.

23.00 SWR: «**Russland.**» Von Krieg, der Liebe und gescheiterter Revolution. Wladimir Kaminer wagt einen Erklärungsversuch. «Noch vor kurzem konzentrierten sich meine Landsleute auf ihre Alltagsorgen. Nun werden sie aus dem Fernseher jeden Abend aufs heftigste angeschrien.» Er höre die Schreie sogar in Berlin, im Fernsehprogramm seiner Mutter. «Mehr als erkundigte sich Mamas Nachbar bei mir, ob in der Wohnung meiner Mutter irgendwelche Russen umgebracht werden. Das ist bloss Propagandafernsehen, antwortete ich.»

Montag, 27. Februar

8.30 SWR: «**Unsere unterschätzten Verwandten.**» Michael Stang über die Neandertaler.

14.00 SRF 1: «**Ein Steinregen.**» Hörspiel von Päivi Stalder. Gebaut als Geburtstagsgabe nach Sagen von Franz Hohler. Siehe auch Tipps für Mittwoch!

15.00 SWR: «**Der Überfall.**» Die Front ist fern und doch so nah. Eine zweite Reportage von Christiane Seiler aus Uschhorod, einer Stadt im Westen der Ukraine. Die nächste ist in einer Woche zur gleichen Zeit vorgesehen.

Di, 28. Februar

8.30 SWR: «**Könnten Städte sich selbst versorgen?**» Luca Sumfleth zu urbaner Landwirtschaft.

19.15 DLF: «**Ausgesperrt.**» Das andere Russland im Exil. Feature von Anastasia Gorokhova und Erik Albrecht. Einmal mehr bleibt Menschen des «anderen» Russland nur die Ausreise als legale Form des Protests. Und im Exil treibt sie vor allem eine Frage um: Wie konnte es so weit kommen?

20.00 DLF: «**Der Mann, der Hunde liebte.**» Krimi nach Raymond Chandler. 1988 produziert. Und bei SWR 2 Kultur die Gala zur Verleihung des Deutschen Hörbuchpreises 2023 – live!

Mittwoch, 1. März

8.30 SWR: «**Linkshänder.**» Alina Metz über eine kaum erforschte Laune der Natur.

9.00 und 18.30 SRF 2: «**Franz Hohler als Schriftsteller.**» Gespräch zum Achtzigsten.

10.00 DLF: «**Beispiel ChatGPT.**» Wie künstliche Intelligenz unser Leben verändert.

15.00 SWR: «**Nur ein Puppenspiel?**» Ina Strelow zum Leben mit Reborn-Babys.



20.00 SRF 1: «**Spasspartout.**» Ein Oltner Stammtisch zum 80. Geburtstag von Franz Hohler. Und nach 21 Uhr präsentiert Florian Hauser bei SRF 2 Kultur ein paar Celloballaden von und mit Franz Hohler aus den 1970er-Jahren.

20.30 DLF: «**Fragile.**» Ein Briefwechsel. Helmut Böttiger und Jurko Prochasko lesen in zwei Ausgaben der Lesezeit aus einem Briefwechsel, welcher im Sommer 2022 begann. Böttiger, 1956 geboren, lebt in Berlin und ist Literaturkritiker. Prochasko, geboren 1970, lebt in Lwiw. Erstmals gemeinsam aufgetreten sind sie beim Festival «Meridian Czernowitz», das im vergangenen September in der Westukraine stattfand. Fortsetzung in einer Woche.

21.00 DLF: «**19. Politischer Aschermittwoch Berlin.**» Mitschnitte vom 22. Februar aus dem Konzertsaal der Universität der Künste. Abgerechnet werde mit einem Jahr, «das zumindest

aus satirischer Sicht sehr viel Schönes zu bieten hatte».

Donnerstag, 2. März

8.30 SWR: «**Zerstreut, abgelenkt, unaufmerksam.**» Verlieren wir die Fähigkeit zur Konzentration? Fragte sich Johanne Burkhardt.

15.00 SWR: «**Nur den eigenen Kopf retten?**» Feature von Irina Peter. Sie wollte wissen, wie Russen in Georgien aufs Kriegsende warten. Sie sind jung, meist auch gut ausgebildet und reiseerfahren: Mehr als 100 000 sind seit Beginn des Krieges in der Ukraine in das südkaukasische Land emigriert. Viele schon im März 2022 aus politischen Gründen, wie die Journalistin Liza. Andere, wie Anton, kamen im Herbst, als der Kriegsdienst drohte. Anders als Liza empfindet er keine Verantwortung, an Putins Kriegspolitik etwas zu ändern. Damit ecken er und seine Freunde nicht nur bei Landsleuten an.

Freitag, 3. März

8.30 SWR: «**Brillanter Rhetoriker und Radikaldemokrat.**» Matthias Kussmann über Walter Jens.

9.00 und 18.30 SRF 2: «**Kunst ist immer ein Risiko.**» Oder ein Vereinslokal geht um die Welt. Kontext zur künstlerischen Aufwertung im Klubhaus des Winterthurer FC Tössfeld.

10.00 DLF: «**Erfahrung fürs Leben.**» Was heisst es, als Kind arm zu sein?

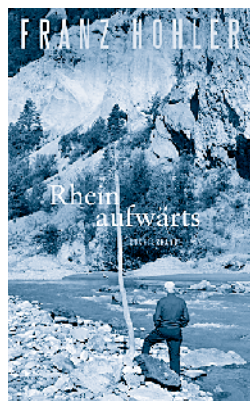
15.00 SWR: «**Fische zu Fischfutter.**» Raubbau in der Aquakultur. Feature von Fabian Federli.

20.00 DLF: «**Schluss mit Namasté.**» Über die Dekolonisierung von Yoga. Feature von Sarah Zaheer. Gleichzeitig bei SRF 1 die Reprise eines Mundart-Hörspiels von Eva Rottmann: «Unter jedem Dach.» Es kreist um die Frage, wieweit Kinder für ihre alt gewordenen Eltern zu sorgen haben. Und bei SRF 2 in der Passage geht es um frauenliebende Frauen jenseits der 80: «Eigentlich seit immer» von Christina Baron und Ruth Huber. Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr. Dann mehr!

22.00 SWR: «**51. Deutscher Kleinkunstpreis 2023.**» Preisverleihung.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Zudem sind die meisten Sendungen im Podcast-Angebot.

Rhein aufwärts



Er ist der Rhein, den Franz Hohler zwischen dem 19. Mai 2020 und dem 26. September 2022 mit Start in Schaffhausen bis zu seinem Ursprung, dem «Lajda Tuna», flussaufwärts abwanderte. Seine Aussage, «Hoffentlich nimmt er es mir nicht übel», bezieht sich auf die manchmal langen Pausen, in denen er seinen Rhein nicht besuchen konnte. Er wanderte, wenn er Zeit hatte und seine körperliche Verfassung (er feierte dieser Tage seinen 80. Geburtstag) es zulies; in der Regel so lange, wie es an diesem Tag ging: Grenzen setzten auch die Bahnhöfe oder die Bushaltestellen. Er startete jeweils in Zürich-Oerlikon und kehrte am Abend zurück. So sass er vor allem gegen Schluss mehr im Zug, als dass er wanderte. Wer allerdings die Strecke der Rhätischen Bahn zwischen Reichenau und Sedrun kennt, weiss, dass diese Befahrung fast so ein grosses Vergnügen darstellt wie das Wandern in den Schluchten der Surselva. Mitunter begleitete ihn seine Frau.

Wandern und Schreiben gehörten bei Franz Hohler schon immer zueinander. In «Rhein aufwärts» beschreibt er, was er bei dieser Wanderung erlebte und vor allem, was ihn bewegte. Bei ihm sind dies oft Kleinigkeiten, die ihn zu kurzen Bemerkungen animieren; meist leicht ironisch, durchaus pointiert, aber nie predigend, und natürlich registriert man, dass ihm die Wanderung Freude bereitete, dass der Fluss so etwas wie eine Heimat wurde. Er spricht von ihm wie von einer Person («er hat es gut gemacht»), er verfällt aber nicht ins Idealisieren. Das Rheintal zwischen Bodensee und Chur wird keine Idylle, sondern der Fluss verläuft vor allem in Dämmen, umgeben von einzelnen Biotopen, eingezwängt in viele Industriezonen mit grossen Lagerhallen und einer Autobahn, die oft das Geräusch des fliessenden Wassers übertönt. Im Bündnerland fasziniert Franz Hohler selbstverständlich die grosse Schlucht, aber er übersieht dabei nicht, wie stark der Fluss zur Energiegewinnung genutzt wird, samt den Hochmasten, die den Strom transportieren.

Corona prägt die Wanderung vor allem zu Beginn. An einem der ersten Tage,

an denen der Aufenthalt im Freien wieder eher empfohlen als beinahe verboten wurde, fährt er nach Schaffhausen und geht von dort zu Fuss Richtung Diessenhofen. «Ab und zu kommt mir ein Paar in meinem Alter entgegen, wir weichen aus, so gut es geht und grüssen und fast Komplizenhaft, Straftlassene.» Corona bleibt bis gut zur Hälfte des Buches präsent; auch weil er neben der Wanderung beschreibt, was er sonst erlebte.

Da Lesungen in seinem Leben eine grosse Rolle spielen, liegt es auf der Hand, dass die Coronaeinschränkungen ihn noch etwas mehr als viele andere betrafen. Er beklagt sich nicht darüber, sieht eher das Ironische an der Situation: «Eintritt gratis – nur mit Reservation» heisst es im Juni in Stein am Rhein beim Kino.

Abgesehen davon, dass Franz Hohler schon immer wanderte, entstand der Plan der Rheinwanderung in Diessenhofen, wo er spontan fand, er könnte die Wanderung bis zur Quelle fortsetzen, was er dann konsequent umsetzte und den Fluss immer lieber gewann. Den Bodensee liess er aus, sucht den Rhein in Altenrhein bei der Seemündung wieder auf: In jener Gegend, die wie das ganze Rheintal eine merkwürdige Mischung aus Naturschutz und industriegerechter Landschaft ist. Wo Stille, Ruhe herrscht und es Reiher gibt und auf der andern Seite beim Flugplatz Altenrhein das «21. Jahrhundert stattfindet». Er langweilt sich bei der Fortsetzung teilweise auch: «Vergeblich versuche ich, den domestizierten Rhein nicht langweilig zu finden. Kanäle sind langweilig und ich bin froh, kann ich meiner Frau wenigstens einen Graureiher bieten.»

Auf dem langen Weg bis Chur sieht er immer wieder Tafeln und andere Kleinigkeiten, über die er berichtet, neben der fast ständigen Meldung über den Lärm der Autobahnen, die vorhandenen Brücken und dem unterschiedlichen Wasserstand. Er erlebte sowohl Hochwasser wie Trockenheit.

Das letzte Drittel ist mit Bündnerland und in den Schluchten selbstverständlich der attraktivste Teil, wo die Landschaft dominierender und die Nebenbemerkungen seltener werden und wo er am Ziel so etwas wie andächtig wird. Kein Wunder: Es gibt wenige so imponierende Landschaften.

Das Buch ist sehr leicht geschrieben, es gibt eine Ahnung, warum sich so eine Wanderung lohnt und der Autor geizt mit kleinen Bemerkungen nicht, aus denen ich merke, wie sehr ihm der Fluss und die Gegend samt ihren BewohnerInnen so etwas wie Heimat wurden, ohne dass es kitschig oder unangenehm patriotisch wird. kl.

Franz Hohler: **Rheinaufwärts**. Verlag Luchterhand 2023, 125 Seiten, 29.90 Franken.

Krimi der Woche



Agatha Christie für einmal in der Rolle einer von einem Mord Betroffenen. Einen späten Gast, der zu einer Einladung in ihrer Villa stösst, findet ihre Haushälterin und Freundin

Phyllida in der Bibliothek am nächsten Morgen erstochen. Da Hercule Poirot nur in der Fantasie von Agatha Christie existiert und sich die beiden Polizisten als recht unfähig erweisen, eifert Phyllida ihrem Vorbild Poirot nach und versucht, den Fall aufzuklären. Was am nächsten Tag, nach dem Mord an der Küchenmagd Rebecca, noch schwieriger und dringender wird, da das zahlreiche Personal Angst hat, selber Opfer zu werden und die Gäste abreisen wollen, aber von der Polizei daran gehindert werden.

Phyllida, die als kriegserfahrene Krankenschwester nicht so leicht erschreckt, ist überzeugt, dass einer der Gäste der Mörder ist. Sie durchsucht ohne Hemmungen ihre Zimmer, wird einmal überrascht, versteckt sich unter dem Bett und weiss nun, dass der Mörder quietschende Schuhe haben muss. Die Person, die sie nicht erkannte, nahm den Kalender des Toten mit.

Bald stellt sich heraus, dass der unbekannte Tote sich unter falschem Namen die Einladung verschafft hatte. Agatha Christie und ihr Mann nahmen ihn nur auf, weil sie niemanden bei schlechtem Wetter am späten Abend abweisen wollten. Er arbeitete auch nicht wie behauptet bei der «Times», sondern als freier Fotograf, der, wie es sich bald erwies, als Erpresser sein Geld verdiente. Man fand ein Foto mit zwei nackten Männern beim Sex, zu damaligen Zeiten ein gesellschaftliches Todesurteil. Zwar nicht für Phyllida und Agatha Christie, aber das spielte keine Rolle. Entscheidend war indes, dass man auf dem Foto die Gesichter nicht erkannte, aber Phyllida davon ausging, dass es einer ihrer Gäste war. Unter denen zudem noch eine andere Affäre lief.

Phyllida löst in einer grossen Rede, ganz wie ihr Vorbild Poirot, den Fall und kann sich wieder ihrem Geschäft als strenge, aber gerechte und fortschrittliche Haushälterin widmen. Neben der Story, die logisch aufgeht, beschreibt die Autorin ausführlich die Gebräuche in einem vornehmen und liberalen Haus. Mit viel Präzision und Ruhe bis Gemütlichkeit, also eher für Schachliebhaber als für Actionfans. kl.

Collen Cambridge: **Die Dreitagemordgesellschaft**. Verlag Lübbe 2022, 365 Seiten, 24.90 Franken.

Verunsichern



Hitzigraphy

Gesittetes Kräftermessen nach festen Regeln unter Einbehaltung von Fairness wäre der Plan beim Schwingen.

David Speiser ist einen ganzen Kopfgrösser als Julian Voneschen, was ihn nach einer rein physikalischen Logik von etwa Hebelwirkung im Zweikampf bevorteilen müsste. Aber «Dr Churz, dr Schlugg und dr Böös» von Johanna Heusser hat nicht das Offensichtliche im Sinn. Auf mindestens zehn Zentimetern Sägemehl treten die beiden sichtlich durchtrainierten Körper gegeneinander an. Wobei der Kampf hier eher die Probe, die Absprache, das Training meint. Und das tendenziell akrobatische Potenzial, das mittels einer Verfremdung hergestellt werden kann. Wenn sich einer mitten im Kampf als lebloser Sack in sich zusammenfallen lässt, nützt er erstens ein Überraschungsmoment aus und wird zweitens nicht eben einfacher in der Absicht, ihn auf den Rücken zu legen, zu handhaben. Denn für ein solches Szenario existiert keine gängige Vorgabe für ein Reagieren. In diesem konzentrierten Setting zweier heftig schnaufender, schwitzender Männermuskulatur leitet diese Verunsicherung im Kampf ziemlich direkt in Richtung einer Infragestellung der vereinfachten, gängigen Zuschreibung eines testosterongesteuerten Verständnisses von Stärke. Johanna Heusser bleibt bei der Frage und lässt die beiden Hünen den Sägemehlhaufen in einen Sandkasten verwandeln, den sie mit Hilfe von Trockeneis in eine von Nebelschwaden durchzogene Berglandschaft verwandeln. Ein tendenziell eher kindlich konnotierter Spieltrieb wird einem anderen Spieltrieb, den der kämpferischen Kraftmeierei gegenübergestellt, was wiederum eine klare Eindeutigkeit einer weiteren Ebene von Sichtweise respektive Zuschreibung hintertreibt. Das Was wäre, wenn... der Anlage soll augenscheinlich verunsichern, indem eine Sportart aus ihrem Kontext genommen und ihre Teilnehmer von ihrem vorgesehenen Agieren befreit werden, was jedwede Vereinnahmung verhindern soll. Eine Art Vorurteilsdekonstruktion. froh.

«Dr Churz, dr Schlugg und dr Böös», 18.2., Theater am Gleis, Winterthur.

Autosuggestion



Philip Frowein

Das Abenteuer Wildnis lockt heute offenbar besonders stark, wenn sich die Natur anfühlt wie das eigene Wohnzimmer.

Wenn der Kunstfels den Hightechschuh damit tröstet, mit ausreichend Geduld würde aus ihm schon wieder Natur, ist klar, dass in der kommenden Stunde «Adventurestore Chorgasse» eine verqueere Wahrnehmung Thema sein wird. Und Profanes wie Plastik-Nanopartikel keinen Platz darin hat. David Attenberger und Sofia Borsari liegen in einer künstlich angelegten Wildnis eines Popup-Stores im Zelt und erträumen sich ein Abenteuer. «Solche Gedanken kommen einem bloss hier draussen», wird als Ausdruck ihrer realitätsfremd herbeimaginierten Verzückung zum Running-Gag. Als Gras noch THC in sich trug, hätte man einfach vermutet, die sind recht bekiFFT. Aber das im Werbeslang der Superlative und vor allem labeltolle Superleben in der Gefahrenzone Natur verkauft ein Echtheitserleben ohne das Beiwerk der Natur, das als Störung oder Gefahr die himmelblau-idyllisierte Autosuggestion beeinträchtigen könnte. David und Sofia sind auf Aussenwirkung fokussierte Zeitgeistsurfer, deren Bubble sie in ihrem Hurralebensgefühl darin stützt, respektive ihnen eine obsessiv vor sich herzutragene, verkaufsfördernde Begeisterung regelrecht abverlangt. In der Ecke sitzt Annabelle Sersch, sichtbar übel verwundet, aber weder befindet sich im Publikum jemand mit medizinischer Kenntnis, noch ist sowas wie ein Erste-Hilfekasten vorhanden. Interessieren tuts eh niemanden. Das Superfood und die ultraleichte Lawinenschaukel sind wichtig. Der Popup-Store wird eine Natur nachahmend aufgebaut, das Publikum herumgescheucht, bis Annabelle von ihrer Begegnung mit einem Bären berichtet und sogleich die soeben verkündete Einordnung davon infragegestellt. Während das TV-Landleben der Waltons noch harmloser Kitsch war, scheint sich die reale Bereitschaft zur (Selbst-)Entfremdung seither schon soweit vergaloppiert zu haben, dass alles Reale zugunsten eines Glücksgefühls niegiert wird. froh.

«Adventurestore Chorgasse», bis 27.4., Chorgasse 5, Theater Neumarkt, Zürich.

Agitation



Philip Frowein

Daniela Ortiz verhandelt ihr Thema so ausufernd, dass der Zusammenhang lose wird und es zuletzt unterkomplex wirkt.

Auf eine Publikumsbeschimpfung der Denkfaulheit und Inkonsequenz folgt die metaphorisch auf Samen von Nutzpflanzen übertragene Klage über ihre Ausbeutung und Entwurzelung. Danach parliert eine adrett gewandete Gesprächsrunde mit der Absicht der Vernebelung tatsächlicher Hintergründe über die auch zu berücksichtigenden positiven Seiten einer kapitalistischen Logik. Zum Schluss folgt nach einer an Namedropping erinnernden Aufzählung von Namen der Ikonen früherer Befreiungskämpfe eine ungefähre Wiedergabe eines blutig niedergeschlagenen Arbeitskampfes vor rund fünfzig Jahren. Und dann ist da noch der aktuelle Massenprotest in Peru gegen einen Putsch mit einer weiblich gelesenen Galionsfigur. Politische Aussagen müssen zu Werbezwecken auf den Punkt gebracht werden, heisst es in Parteistrategien. Weil sonst die Message noch nicht mal bis in die Hälfte überhaupt wahrgenommen wird, die Aufnahme-fähigkeit eines potenziellen Publikums über Gebühr beansprucht oder es handkehrum vielmehr verwirrt als aufklärt. «Take my blood and write on the soil, the people must know we are being taken» ist ein sehr agitatorisch gedachter, beherzter Ausdruck einer berechtigten Wut. Diese wird aber statt kanalisiert auf den Punkt gebracht zu werden, vielmehr durch einen Variantenreichtum so weit verzettelt, bis zuletzt eine Hochkomplexität von Zusammenhängen auf so wenige konkret fassbare Punkte in der Aufnahme durch ein Publikum reduziert werden muss, dass zuletzt der Eindruck entsteht, die auf der Bühne stattfindende Verhandlung wäre vielmehr eher unterkomplex. Was einen wie beim Teufelskreis wiederum auf die Frage zurückwirft, weshalb es nicht möglich sein sollte, einfach, klar und verständlich auszudrücken, was denn jetzt Sache ist. Und: Was es braucht, damit es besser wird. Aber: Solidarität ist nicht befehlbar. froh.

«Take my blood an write on the soil, the people must know that we are being taken prisoner», bis 25.2., Theater Neumarkt, Zürich.

Mit Charme vom Eis geholt

Sechs Tage lang hielt die Welt 1946 den Atem an, weil eine US-amerikanische Dakota C-53 voller hochrangiger Militärs und deren Familienangehörigen auf ihrem Flug zwischen München und Marseille plötzlich vom Radar verschwunden war. Damals holten zwei Leichtflugzeuge des Typs Fieseler Storch die Kuh vom Eis.

Thierry Frochoux

Im Wissen über den glimpflichen Ausgang der für damalige Verhältnisse riskanten Hochgebirgsbergung kann eine heutige Nacherzählung der emotional erregenden Ereignisse gut und gerne die komische Komponente vor die Herstellung einer Hochspannung stellen. Glücksgefühle, die Steigerung von Erleichterung sind mit einer Hand voll Liedern und Überlebensrationen an Liebreiz genauso herstellbar. Hans Adolfsen (Piano), Ulrike Andersen (Gesang) und Jens Nielsen (Text) glückt dies in «Bruchlandung» mit Leichtigkeit und Schalk, Strickzeug und Stirnlampen, Imagination und Sachkenntnis. Musikalisch ist vom Charleston bis zum Juchz, von der Arie bis zum Gospel, von der Rockballade bis zum Kabarettbrevier alles da, um damit und mit den Conférencen dazwischen die eigentliche Handlung mitsamt der wechselvollen Gefühls- und Spannungslage als aus einem Guss wirkend darzustellen.

Orientierungslos gestrandet

Im eben erst befriedeten Europa galt eine Flugverbotszone über der Schweiz, aber der Sturm setzte dem Piloten der Dakota C-53 (die Militärversion der DC-3) offenbar ausreichend zu, um die Orientierung zu verlieren. Plötzlich, so die anekdotische Legende, ruckte es, als ob das Flugzeug in einem Sekundenbruchteil in einer Wolke festgefroren wäre. So fantastisch diese Vorstellung nachträglich auch klingen mag, die Verblüffung der Crew wie der Passagiere über die physikalische Überraschung, auf einer Höhe von 3500 Metern über Meer eine saubere Bauchlandung auf der Schneedecke des Gauligletschers ob Meiringen hingelegt zu haben, war offenbar derart gross, dass selbst Übersinnliches als Erklärung einen Augenblick lang für statthaft angesehen wurde. Ernsthaft verletzt war niemand. Der Funk verfügte noch über eine Restbatterielaufzeit. Aber wer nicht weiss, wohin die Hilfe überhaupt zu ordern sei, kann auch nur einen sehr ungefähren Hilferuf absetzen. Irgendwo im Dreieck Innsbruck – Genua – Marseille zwanzig Meter Blech mit einer Spannweite von dreissig Metern, die sich bei der Landung tief in den Schnee geschaufelt hatte, mit den damaligen technischen Möglichkeiten ausfinden machen zu können, kein sehr wahrscheinliches Szenario. Ein Haupt-



Eine Bruchlandung mit Leichtigkeit und Schalk, Strickzeug und Stirnlampen, Imagination und Sachkenntnis im Theater Ticino. Bernhard Fuchs

mann Hug auf dem Flugplatz Meiringen nahm den Funkspruch wahr, aber die Order war klar: Die Alliierten kümmern sich um ihre eigenen Angelegenheiten. Später würde ebendieser Pilot ein gut gehütetes Militärgeheimnis preisgeben, nämlich, dass der Fieseler Storch über ausklappbare Skier verfügte, die ihm das Landen auf Schnee ermöglichten. Aber in dem Moment war die Geheimniskrämerie im allgemeinen Interesse weit hinter das bange Hoffen einer immer spektakuläreren Ausmasse annehmenden Rettung in den Hintergrund gerückt.

Metaphorisch Richtung Rettung

Natürlich ist bei dem Ensemble die historische Vorlage nicht nur das Gerüst für eine feine Songauswahl, sondern auch eine eigentliche Blaupause, um aus den doch recht verblüffenden Details – die alliierten Rettungsflugzeuge warfen zuletzt dermassen viele und grosse Carepakete ab, dass die Überlebenden davon erschlagen zu werden drohten, was einen erneuten Hilferuf über Funk notwendig machte – und der allgemeinen Gemengelage eine, nun ja, Daseinsbefragung zu zimmern. Daniel Fueter besorgte den geschmeidigen Ablauf unter Berücksichtigung von kecken

Zwischenstörern, damit der Abend mehrere Höhen hervorzeigen kann. Höhen sind es auch, die Hans Adolfsen, Ulrike Andersen und Jens Nielsen während ihres Wuselns in den Tiefen zu finden beabsichtigen. Allerdings, so will es die Kunst, ohne das Publikum mit Denkvorschriften oder allzu Augenscheinlichem zu unterfordern. Das Repertoire vereint ja auch Referenzgrössen wie Georg Kreisler, Franz Kafka, Erich Kästner, Bert Brecht, Wolfgang von Goethe, Jacques Offenbach, Felix Mendelssohn und die Bibel. Neben Eigenkompositionen, versteht sich. Der Weg ihrer «Bruchlandung» führt unverkennbar nur nach vorne, wobei sich Volten, Purzelbäume und teils fast schon Pirouetten nicht gänzlich vermeiden lassen. Schliesslich ist hier Spiel Freude am Start. Und – muss das wirklich erwähnt werden? – ein Trio aus sich ergänzender professioneller Virtuosität: Diese Stimme, diese flinken Finger, diese verschrobenen Gedanken – zusammen vermitteln sie ihrem Publikum das Glücksgefühl, für den Abend zumindest, souverän gerettet worden zu sein.

«Bruchlandung», 17.2., Theater Ticino, Wädenswil.
www.sen-trio.ch

Gewinner:innen



Viele Leute nehmen an, ich sei in der SP, da ich ja im P.S. Kolumnen schreibe, oder in der AL, da man mich oft an Punkkonzerten antrifft, oder dann aber doch bei den Grünen. Dass ich das alles nicht

bin, hängt wohl auch damit zusammen, dass ich mich nicht für die eine oder andere Partei entscheiden könnte, gewiss aber ist es eine Folge meiner Frustration über die Realpolitik. Die Leute spinnen ja auch: Etwa zwei Drittel leben in Mietwohnungen, trotzdem stimmen und wählen sie konsequent mieter:innenfeindlich. Je tiefer der Lohn, desto eher wählen sie die Parteien der Reichen. Sie sind überzeugt, dass sich Leistung lohnen müsse, wollen aber stets die Arbeit besteuern und leistungsfreie Einkommen wie Kapitalgewinne oder Erbschaften entlasten. Wie kann man Realpolitik machen angesichts einer Bevölkerung, die konsequent gegen ihre eigenen Interessen stimmt?

Ja, die Politik ist mir ein Rätsel. Typen wie Trump, Bolsonaro, Orban oder Berlusconi kamen auf demokratischem Weg an die Macht. Gäbe es in Russland heute freie Wahlen, Putin

würde wohl wiedergewählt. Die Kombination von Reichtum, Narzissmus, Rücksichtslosigkeit und «Wir gegen alle»-Rhetorik scheint eine besondere Faszination auf Wähler:innen auszuüben. Möglicherweise ist dies so eine Art Geheimrezept des Kapitalismus gegen die Demokratie?

Wobei, der Kapitalismus braucht ja gar kein Geheimrezept. Frankreich hat einen Rothschild-Banker zum Präsidenten gewählt, die Schweiz einen Erdöl-Lobbyisten zum Energieminister. Der Kapitalismus muss die Demokratie nicht fürchten, solange sie ihm aus der Hand frisst. Er macht das aber auch gut: Er gibt uns das Gefühl, an ihm teilhaben zu können – es steht an jeder Wand: Auch du kannst im Internet Aktien und Fonds handeln und ein paar Franken Gewinn damit machen (wer verliert, hat halt falsch investiert). Auch du kannst Anteile an «Rendite-Immobilien» erwerben (und damit deine eigene Wohnung verteuern). Ein immer grösseres Auto: erschwinglich schon ab mittleren Einkommen (bei tiefem Einkommen hilft der Konsumkredit vom Plakat daneben). Und wenn du dir das alles partout nicht leisten kannst, weisst du doch insgeheim, dass du eigentlich ein Recht darauf hast – und irgendwann wirst auch du zu den Gewinnern gehören!

Was lässt sich dieser Verheissung entgegenseetzen, aus linker Sicht? Mir fehlt ein alternatives Versprechen. Eine visionäre, positive Vorstellung von einer Gesellschaft, in der alle zu den Gewinner:innen gehören und nicht nur die Reichen, die Rücksichtslosen und ein paar Glückspilze. Die Lücke, die durch das Verschwinden des autoritären Sozialismus des letzten Jahrhunderts entstanden ist, konnten wir Linken seither noch nicht füllen. Statt über die Beschränkung des Eigentums an Grund und Boden zu diskutieren, fordern wir die Formularpflicht im Mietwesen, statt Konzepte für die Abkoppelung der Wirtschaft vom globalen Finanzmarkt zu erarbeiten, reiben wir uns in Abwehrkämpfen gegen die Senkung von Unternehmenssteuern auf.

Man verstehe mich nicht falsch: Ich habe höchste Achtung vor den Leuten, die die Realpolitik betreiben. Die ihre Zeit und Energie investieren, um da einen besseren Veloweg, dort etwas mehr Rente für die Pensionierten zu erstreiten. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, wie die Welt ohne dieses Engagement aussähe. Aber eine gemeinsame Vision, wo wir hin wollen, wäre schon motivierend.

Markus Ernst

Reklame

p.s.

ICH BESTELLE

Probeabo 5 Wochen kostenlos

Jahresabo für 230 Franken

Gönnerabo ab 300 Franken

Abo für Menschen mit wenig Geld (100.–)

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich, aboservice@pszeitung.ch